

Geschäftsbericht 2023

Herausgeber:

Gladbacher Bank Aktiengesellschaft von 1922
Bismarckstraße 50-52
41061 Mönchengladbach

Telefon: 02161 / 249-0
Fax: 02161 / 249-49123

Amtsgericht Mönchengladbach
Handelsregister Nr. HRB57
Sitz: Mönchengladbach

info@gladbacher-bank.de
www.gladbacher-bank.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstandssprechers	2
Einberufung der Hauptversammlung.....	4
Bericht des Aufsichtsrates.....	7
Lagebericht zum Geschäftsjahr 2023.....	8
Jahresbilanz zum 31.12.2023	20
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023	22
Anhang.....	23

Vorwort des Vorstandssprechers

Sehr geehrte Aktionärinnen,
sehr geehrte Aktionäre,

das im Vorjahr Ihnen mit Überlassung der Einladungsunterlagen zur Hauptversammlung gleichfalls übermittelte „Vorwort des Vorstands“ spiegelte die äußerst schwierige Situation im Bankgewerbe wider. Diese wurde verursacht über eine hohe Inflation, exorbitant schnell steigende Zinsen und immer noch spürbare Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Geschäfte liefen nicht gut. Steigende Zinsen führten zu aufholbaren Unter-pari-Abschreibungen von 16,4 Mio. EUR bei den eigenen Wertpapieren. Wir waren froh, dass wir über ausreichende stille Reserven verfügten, die uns in die Lage versetzten, die Abschreibungen verarbeiten zu können. Damit konnten wir unser Wertpapierportfolio weiterhin nach dem „strengen Niederstwertprinzip“ bewerten. Dies war nicht bei allen Banken möglich. Trotz der sehr problematischen Gemengelage im Jahr 2022 haben wir eine verkürzte Dividende gezahlt. Durch die Dotierung der Rücklagen mit einer Auswirkung von 5 EUR auf den Bilanzwert je Aktie, betrug die Performance der Gladbacher Bank-Aktie aus dem Geschäftsjahr 2022 für die Aktionäre wieder 15 EUR.

Nun, ein Jahr später, kann ich Ihnen in diesem Vorwort von einem insgesamt wieder sehr guten Geschäftsjahr 2023 berichten. Die Kundenforderungen haben sich leicht reduziert. Das Wachstumsziel wurde nicht erreicht. Maßgeblich war die signifikant zurückgehende Nachfrage nach Baufinanzierungen. Gleichfalls war im für uns wichtigsten Geschäftssegment „Firmenkunden“ die Kreditnachfrage gering. Die hohen Zinsen haben sicherlich entscheidend die nachlassende Kreditnachfrage beeinflusst. Auch die bilanzwirksamen Kundengelder sind leicht zurückgegangen. Parallel vermerkten wir jedoch einen Zuwachs von 84 Mio. EUR (18%) in den Kundendepots und den Direktanlagen in Fonds. Unsere Kunden haben neue Geldanlagen vornehmlich in Wertpapiere investiert.

Auffällig ist, und das begrüßen wir sehr, dass erstmals die Summe aller Kundengelder in Wertpapieren und Anlagen im Verbund, z.B. bei der R+V Versicherung und der Bausparkasse Schwäbisch Hall, höher ist, als die bilanzwirksamen Kundengelder. Für den langfristigen Vermögensaufbau kommt man an Investments in Wertpapieren nicht vorbei. Dies haben augenscheinlich unsere Kunden erkannt und ihre Geldanlagen entsprechend gesteuert.

Im Geschäftsjahr 2023 konnten wir endlich wieder unsere Liquiditätsreserven verzinslich, vornehmlich über Geldmarktprodukte der DZ BANK und Wertpapiere, anlegen. Trotz der vervielfachten Zinsaufwendungen wurde der Zinsüberschuss wesentlich oberhalb der Planung um 19,2 % gesteigert.

Maßgebliche Rückgänge bei den Provisionen aus Baufinanzierungsvermittlungen hat das überaus starke Wertpapier- und Vermögensberatungsgeschäft überkompensiert. Das Provisionsergebnis wurde insgesamt gesteigert, die Planzahl wurde nahezu erreicht.

Die Personalaufwendungen blieben fast gleich. Eine Anpassung der erfolgsabhängigen Vergütungen erfolgte vor dem Hintergrund des guten Ergebnisses. Die Mitarbeiter erhielten zudem eine Inflationsausgleichsprämie.

Die Gebäude der Hauptstelle Bismarckstr./Steinmetzstr. werden ab März 2024 mittels Wärmepumpen mit Wärme und Kälte versorgt. Die hohen Aufwendungen hierfür sind Ursache für die Überschreitung des Planwertes bei den Verwaltungsaufwendungen.

Der Aufholeffekt bei den im Vorjahr vorgenommenen Abschreibungen bei den eigenen Wertpapieren ist deutlich stärker eingetreten als erwartet. Wir konnten deshalb den Überschuss vor Steuern auf 15,3 Mio. EUR steigern. Nach Steuerzahlung, Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken um 5 Mio. EUR und weitere Vorsorge gemäß § 340 f HGB in Höhe von ca. 6 Mio. EUR, schlagen wir Ihnen in der Hauptversammlung eine erhöhte Dividende von 15 EUR zzgl. 2 EUR Bonus je Aktie zur Ausschüttung vor. Unsere Reserven konnten wir somit bereits im Folgejahr nach den hohen Belastungen im Jahr 2022 wieder wesentlich auffüllen. Unsere guten Kapitalquoten werden sich nach Feststellung des Jahresabschlusses 2023 weiter verbessern und bemerkenswert überdurchschnittlich zeigen.

Die Bankenaufsicht sieht unser Haus auf der Grundlage unserer wirtschaftlichen Zahlen in der besten Risikoklasse. Wir sind zuversichtlich, dass sich aus dem für Mitte des Jahres zu erwartenden Klassifizierungsbescheid der Sicherungseinrichtung des genossenschaftlichen Bankenverbands gleiches ergibt.

Sehr geehrte Aktionärinnen,
sehr geehrte Aktionäre,

mein Dienstbeginn war der 01.04.1991. Seit 2001 bin ich Vorstandsmitglied unserer Bank. Seit dem 25.03.2004 der Vorstandssprecher. Ich werde nach Ablauf des 30.06.2024 in die 3. Phase meines Lebens eintreten. Anlässlich meines letzten Berichts in der Hauptversammlung am 12.06.2024 werde ich auf die langfristige Entwicklung unserer Bank eingehen.

Unsere Aktie ist kein Wert für Spekulanten. Sie ist ein langfristiges Investment, das wir nur unseren Kunden, soweit wir dies beeinflussen können, bieten. Wir wollen, wie in den letzten Jahrzehnten, durch eine vorausschauende Geschäftspolitik für unsere Aktionäre sicherstellen, dass jedes Jahr Dividenden ausgeschüttet werden, die Gladbacher Bank-Aktie begehrt bleibt und sie deshalb eine hohe Fungibilität ausweist, und der über das Depot gezeigte Bilanzwert je Aktie nicht sinkt. Für diese Sicherstellung benötigen wir fortlaufend ein starkes wirtschaftliches Fundament. Hierfür ist es notwendig, aus jedem Geschäftsjahr Teile des Überschusses zu thesaurieren. Eigenkapital und Reserven sind die Basis fortlaufend guten Wirtschaftens. Kapital muss vorgehalten werden um bankübliche Risiken, für die wir eine Risikoprämie erhalten, auch eingehen zu können. Zu hohe Ausschüttungen schmälern unsere Möglichkeiten, Geschäfte zu machen. Auf Kapitalerhöhungen, die Ihre Aktienbestände verwässern, wollen wir nicht zurückgreifen müssen. Die letzte Kapitalerhöhung zur Generierung zusätzlichen Eigenkapitals war im Jahr 1991.

Ich bin davon überzeugt, dass meine Vorstandskollegen Sven Witteck und Andreas Jung das Unternehmen Gladbacher Bank erfolgreich weiterführen. Sven Witteck und Andreas Jung genießen mein Vertrauen und das Vertrauen des gesamten Aufsichtsrats. Herr Witteck wird im Wesentlichen meine Verantwortungsbereiche im Vertrieb und der Öffentlichkeitsarbeit übernehmen. Herr Jung ist für das Risikomanagement und die Marktfolge zuständig.

Ich übergebe meine Verantwortung in unserer Bank natürlich mit etwas Wehmut. Über 40 Jahre Tätigkeit im Genossenschaftlichen Verbund, 33 Jahre in Diensten der Gladbacher Bank und im 21. Jahr Vorstandssprecher hinterlassen Spuren.

Ich danke Ihnen, den Aktionärinnen und Aktionären, die zumeist auch Kunden unserer Bank sind, für mir entgegengebrachtes Vertrauen und Treue. Unterstützen Sie bitte gleichermaßen in der Zukunft meine Kollegen Sven Witteck und Andreas Jung. Beide werden, und davon bin ich überzeugt, eine Geschäftspolitik fortsetzen, die darauf aufbaut, unseren Aktionären eine langfristig stabile und rentable Kapitalanlage zu bieten und darüber hinaus, die Bedürfnisse unserer Kunden im Kredit- und Anlagegeschäft sowie den Bankdienstleistungen in den Vordergrund zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Peter Ulepčić

Einberufung der Hauptversammlung

Hiermit berufen wir die ordentliche Hauptversammlung der Gladbacher Bank Aktiengesellschaft von 1922 mit Sitz in Mönchengladbach ein. Sie findet statt

am Mittwoch, 12. Juni 2024, 16:00 Uhr,

im Borussia-Park, Hennes-Weisweiler-Allee 1, 41179 Mönchengladbach.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichts der Gesellschaft sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2023

2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2023 in Höhe von EUR 1.697.246,00 zur Zahlung einer Dividende von EUR 15,00 zuzüglich eines Bonus von EUR 2,00 je dividendenberechtigter Stückaktie (bei derzeit 99.838 Stückaktien) zu verwenden.

3. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2023

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2023

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2023 Entlastung zu erteilen.

5. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die Amtszeiten von Herrn Dr. Peter Achten und Herrn Roger Brandts enden turnusmäßig zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung 2024. Daher sind Neuwahlen erforderlich. Herr Roger Brandts steht auf eigenen Wunsch für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach §§ 96 Abs. 1, 101 Aktiengesetz und §§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 1 Drittelbeteiligungsgesetz sowie § 11 der Satzung der Gesellschaft zusammen und besteht aus sechs Mitgliedern. Vier Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Hauptversammlung gewählt, zwei Arbeitnehmervertreter nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes durch die Arbeitnehmer. Die Hauptversammlung ist nicht an Wahlvorschläge gebunden.

Der Aufsichtsrat schlägt folgende Personen zur Wahl vor:

5.1 Herrn Dr. Peter Achten, Niederkrüchten, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Nordrhein-Westfalen e.V. und des Handelsverbandes Nordrhein-Westfalen - Rheinland e.V., Düsseldorf.

5.2 Frau Margarete Müller, Wegberg, Präsidentin a. D. der Hauptverwaltung in Nordrhein-Westfalen der Deutschen Bundesbank.

Die Wahl erfolgt für die Dauer von drei Jahren, von Hauptversammlung zu Hauptversammlung gerechnet.

6. Beschlussfassung über die Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals und eine entsprechende Änderung der Satzung

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 12. Juni 2019 ermächtigt, bis zum 11. Juni 2024 einmalig oder mehrfach das Grundkapital von EUR 5.491.090,00 um bis zu EUR 1.098.240,00 auf bis zu EUR 6.589.330,00 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Das genehmigte Kapital wurde nicht ausgenutzt.

Um der Gesellschaft die Möglichkeit zu bewahren, auf künftige Entwicklungen zu reagieren und ihren Finanzbedarf schnell und flexibel decken zu können, soll die bisherige Ermächtigung durch eine neue Ermächtigung ersetzt werden.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, zu beschließen:

a) Erneuerung des genehmigten Kapitals

Der Vorstand wird ermächtigt, bis zum 11. Juni 2029 mit Zustimmung des Aufsichtsrates einmalig oder mehrfach das Grundkapital von EUR 5.491.090,00 um bis zu insgesamt EUR 1.098.240,00 auf bis zu EUR 6.589.330,00 – entsprechend ca. 20 % des derzeitigen Grundkapitals – durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist mit den nachfolgenden Einschränkungen ein Bezugsrecht einzuräumen.

Der Vorstand entscheidet mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Inhalt der Aktienrechte, die Bedingungen der Aktienausgabe und den Ausschluss des Bezugsrechtes für gegebenenfalls anfallende Spitzenbeträge.

Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des genehmigten Kapitals zu ändern.

Die derzeit bestehende, durch die Hauptversammlung am 12. Juni 2019 erteilte Ermächtigung, war bis zum 11. Juni 2024 befristet und ist daher abgelaufen und wird hiermit vorsorglich aufgehoben.

b) Satzungsänderung

§ 5a der Satzung wird geändert und erhält folgenden Wortlaut:

§ 5a

Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 11. Juni 2029 mit Zustimmung des Aufsichtsrates einmalig oder mehrfach das Grundkapital von EUR 5.491.090,00 um bis zu insgesamt EUR 1.098.240,00 auf bis zu EUR 6.589.330,00 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Den Aktionären ist mit den nachfolgenden Einschränkungen ein Bezugsrecht einzuräumen.

Der Vorstand entscheidet mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Inhalt der Aktienrechte, die Bedingungen der Aktienaussgabe und den Ausschluss des Bezugsrechtes für gegebenenfalls anfallende Spitzenbeträge.

Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des genehmigten Kapitals zu ändern.

Bericht des Vorstandes an die Hauptversammlung zu Punkt 6 der Tagesordnung gemäß § 186 Abs. 4 Satz 2 und § 203 Abs. 2 Satz 2 Aktiengesetz:

Der Tagesordnungspunkt 6 enthält den Vorschlag, den Vorstand zu ermächtigen, bis zum 11. Juni 2029 neue Aktien im Rahmen des genehmigten Kapitals auszugeben. Der Vorstand soll hiernach ermächtigt werden, bis zum 11. Juni 2029 mit Zustimmung des Aufsichtsrates einmalig oder mehrfach das Grundkapital von EUR 5.491.090,00 um bis zu insgesamt EUR 1.098.240,00 auf bis zu EUR 6.589.330,00 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen.

Das von der Hauptversammlung am 12. Juni 2019 beschlossene genehmigte Kapital ist bislang nicht ausgenutzt worden. Mit der Erneuerung des genehmigten Kapitals soll die Gesellschaft weiterhin in der Lage bleiben, auf künftige Entwicklungen zu reagieren und sich bei Bedarf schnell und flexibel zusätzliches Eigenkapital zu verschaffen, ohne eine zeitlich unter Umständen nicht mögliche Kapitalerhöhung durch Beschlussfassung der Hauptversammlung durchführen zu müssen. Die vorgeschlagene Höhe des neuen genehmigten Kapitals von insgesamt bis zu EUR 1.098.240,00 würde bei vollständiger Ausübung einer Erhöhung des derzeitigen Grundkapitals um rund 20 % entsprechen.

Bei Ausübung des genehmigten Kapitals steht den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre für Spitzenbeträge auszuschließen. Der Ausschluss des Bezugsrechts für Spitzenbeträge ermöglicht die Ausübung der erbetenen Ermächtigung durch runde Beträge. Ein solcher sinnvoller und marktüblicher Ausschluss erleichtert die technische Abwicklung des Bezugsrechts. Die als freie Spitzen vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossenen neuen Aktien werden bestmöglich für die Gesellschaft verwertet. Der mögliche Verwässerungseffekt ist aufgrund der Beschränkung auf Spitzenbeträge gering. Vorstand und Aufsichtsrat halten den Ausschluss des Bezugsrechts aus diesen Gründen für sachlich gerechtfertigt und gegenüber den Aktionären für angemessen.

Der Vorstand soll den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe zu gegebener Zeit mit Zustimmung des Aufsichtsrats festlegen können.

Der Vorstand wird in der jeweils nächsten Hauptversammlung über die Ausübung des genehmigten Kapitals mit Bezugsrechtsausschluss berichten.

7. Beschlussfassung über die Änderung von § 11 der Satzung

Gemäß § 11 der Satzung erfolgt die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder auf die Dauer von drei Jahren, von Hauptversammlung zu Hauptversammlung gerechnet. Die Satzungsregelung soll an den aktuellen Wortlaut von § 102 Abs. 1 AktG angepasst werden. Dabei soll die Amtszeit weiterhin auf 3 Jahre begrenzt sein.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Wortlaut des bisherigen § 11 der Satzung durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

§ 11

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, hiervon werden vier von der Hauptversammlung und zwei nach dem Drittelbeteiligungsgesetz der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (Drittelbeteiligungsgesetz DrittelbG) gewählt. Die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das zweite Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet.

Die Bestellung eines Nachfolgers für ein vor Ablauf der Amtszeit ausgeschiedenes Aufsichtsratsmitglied erfolgt für den Rest der Amtszeit des vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieds.

8. Beschlussfassung über die Änderung von § 14 der Satzung

§ 14 der Satzung enthält Regelungen zu der Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats. Hiernach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder eine feste jährliche Vergütung, deren Höhe von den im Aufsichtsrat übernommenen Aufgaben wie Vorsitz, stellvertretender Vorsitz oder einfache Mitgliedschaft abhängt (§ 14 Satz 1 der Satzung). Die Mitglieder des Prüfungs- und Kreditausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche Vergütung, deren Höhe sich nach den im Prüfungs- und Kreditausschuss übernommenen Aufgaben wie Vorsitz, stellvertretender Vorsitz oder einfache Mitgliedschaft richtet (§ 14 Satz 2 der Satzung).

Vorstand und Aufsichtsrat sind der Meinung, dass die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder nach § 14 Satz 1 der Satzung ab dem 01.01.2025 zum teilweisen Ausgleich der Inflationsentwicklung angepasst werden sollte. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats nach § 14 Satz 1 der Satzung wurde zuletzt zum 01.01.2014 angehoben und ist mithin seit mehr als 10 Jahren unverändert; lediglich die zusätzliche Vergütung für die Mitglieder, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Vorsitzenden des Prüfungs- und Kreditausschusses nach § 14 Satz 2 wurde im Jahr 2022 neu eingeführt.

Vorstand und Aufsichtsrat sind der Auffassung, dass die Vergütung für Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 22.000,00 (bislang EUR 20.000,00), die Vergütung für den stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats EUR 33.000,00 (bislang EUR 30.000,00) und die Vergütung für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats EUR 49.500,00 (derzeit EUR 45.000,00) betragen soll. Die in § 14 Satz 2 geregelte zusätzliche Vergütung für die Mitglieder, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Vorsitzenden des Prüfungs- und Kreditausschusses soll hingegen unverändert bleiben.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Wortlaut des bisherigen § 14 der Satzung durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

§ 14

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten vom Beginn des Geschäftsjahres 2025 an eine jährliche Vergütung in Höhe von EUR 22.000,00, der stellvertretende Vorsitzende eine Vergütung in Höhe von EUR 33.000,00 sowie der Vorsitzende des Aufsichtsrates eine Vergütung in Höhe von EUR 49.500,00. Die Mitglieder des Prüfungs- und Kreditausschusses erhalten eine zusätzliche jährliche Vergütung von EUR 3.000,00 der stellvertretende Vorsitzende des Prüfungs- und Kreditausschusses eine solche von EUR 4.500,00 und der Vorsitzende des Prüfungs- und Kreditausschusses von EUR 6.000,00. Hinzuzusetzen ist ggfs. die anfallende Umsatzsteuer, soweit diese vom Aufsichtsratsmitglied zu entrichten ist. Weitere Vergütungen erhalten die Aufsichtsratsmitglieder nicht. Die Vergütung ist zahlbar zum 30.06. eines Kalenderjahres.

9. Beschlussfassung über die Änderung von § 17 der Satzung

Gemäß § 17 der Satzung hat sich der Nachweis des Anteilsbesitzes bei Inhaberaktionären auf den Beginn des 21. Tages vor der Versammlung zu beziehen. Materiell entspricht dieser Zeitpunkt unverändert der Vorgabe aus § 123 Abs. 4 Satz 2 AktG, dessen Wortlaut an der entsprechenden Stelle jüngst durch das Zukunftsfinanzierungsgesetz geändert worden ist, wonach sich der Nachweis – jedenfalls bei börsennotierten Unternehmen – nunmehr auf den Geschäftsschluss des 22. Tages vor der Hauptversammlung zu beziehen hat. Zur Klarstellung soll die Satzung an den Wortlaut des Aktiengesetzes angepasst werden.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Wortlaut des bisherigen § 17 der Satzung durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

§ 17

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechtes sind diejenigen Namensaktionäre berechtigt, die im Aktienregister eingetragen sind und sich zur Teilnahme an der Hauptversammlung in Textform oder auf elektronischem Wege unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse anmelden. Umschreibungen im Aktienregister finden aus arbeitstechnischen Gründen zwischen dem Ende des letzten Tages der Anmeldefrist und dem Ende des Tages der Hauptversammlung nicht statt.

Inhaberaktionäre sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechtes berechtigt, sofern sie sich zur Hauptversammlung in Textform oder auf elektronischem Wege unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse anmelden und der Gesellschaft ihren Anteilsbesitz durch Übersendung eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Institut nachweisen. Der Nachweis hat sich auf den Geschäftsschluss des 22. Tages vor der Versammlung zu beziehen.

Die Anmeldung und bei Inhaberaktionären zusätzlich der Nachweis des Anteilsbesitzes müssen der Gesellschaft mindestens vier Tage vor der Versammlung unter der in der Einberufung genannten Adresse zugehen. Der Tag des Zugangs ist nicht mitzurechnen.

10. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2023.

Der Aufsichtsrat schlägt, gestützt auf eine entsprechende Empfehlung des Prüfungs- und Kreditausschusses, vor, die Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 zu wählen.

Der Prüfungs- und Kreditausschuss hat erklärt, dass seine Empfehlung frei von ungebührlicher Einflussnahme durch Dritte ist und ihm keine Beschränkung im Hinblick auf die Auswahl eines bestimmten Abschlussprüfers im Sinne von Art. 16 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 537 / 2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse und zur Aufhebung des Beschlusses 2005/909/EG der Kommission auferlegt wurde.

Mönchengladbach, im Mai 2024

Gladbacher Bank Aktiengesellschaft von 1922

Der Vorstand

Hans-Peter Ulepić

Sven Witteck

Andreas Jung

Die Veröffentlichung der vollständigen Einberufung zur Hauptversammlung erfolgt im Bundesanzeiger unter: www.bundesanzeiger.de

Bericht des Aufsichtsrates

Sehr geehrte Aktionärinnen,
sehr geehrte Aktionäre,

der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach dem Gesetz und der Satzung der GLADBACHER BANK Aktiengesellschaft von 1922 obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Wir haben die Arbeit des Vorstandes im Geschäftsjahr 2023 regelmäßig überwacht und beratend begleitet. Grundlage hierfür waren die ausführlichen, in schriftlicher und mündlicher Form erstatteten Berichte des Vorstandes. Wir wurden umfassend informiert über die beabsichtigte Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung einschließlich Finanz-, Investitions- und Personalplanung, die Ertragslage der Gesellschaft sowie den Gang der Geschäfte insgesamt. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats stand ich in regelmäßigem Informationsaustausch mit dem Vorstand.

Das Aufsichtsorgan hat eine Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie eine Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsorgans und der Geschäftsleitung als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit durchgeführt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates kamen im Berichtszeitraum in sieben Sitzungen zusammen. An zwei Sitzungsterminen konnte jeweils ein Mitglied entschuldigt nicht teilnehmen. Weiterhin fanden drei Sitzungen des Prüfungs- und Kreditausschusses statt. Alle Mitglieder des Ausschusses haben an allen Sitzungen teilgenommen. Der Prüfungs- und Kreditausschuss tagte zusätzlich bei Bedarf und informierte den Aufsichtsrat zeitnah und ausführlich über die gefassten Beschlüsse. Als Mitglieder des Prüfungs- und Kreditausschusses waren die Aufsichtsratsmitglieder Ludwig Quacken, Karl-Heinz Moll und Dr. Peter Achten gewählt. Roger Brandts, Susanne Heinen-Bickler und Bernd Volle fungierten als Stellvertreter für den Kreditausschuss.

In der letztjährigen Hauptversammlung wurde die Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, zum Jahresabschlussprüfer gewählt. Sie hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechen Gesetz und Satzung. Die Prüfungsberichte der Audit GmbH lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrates vor und wurden in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates am 17. April 2024 in Gegenwart des Abschlussprüfers umfassend behandelt. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben von den Ergebnissen der Abschlussprüfung zustimmend Kenntnis genommen.

Wir haben unsererseits den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Gewinnverwendung geprüft und erheben dagegen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist. Daher schließt sich der Aufsichtsrat dem Vorschlag des Vorstands an, den Jahresüberschuss zur Ausschüttung einer Dividende von EUR 15,00 zuzüglich eines Bonus von EUR 2,00 je Stückaktie zu verwenden.

Der Aufsichtsrat besteht satzungsmäßig aus sechs Mitgliedern, von denen vier Aktionärsvertreter von der Hauptversammlung und zwei Arbeitnehmervertreter nach dem „Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat“ gewählt werden. Mit Ablauf der Hauptversammlung 2023 endete die Amtszeit von Herrn Karl-Heinz Moll und Herrn Ludwig Quacken. Beide Herren wurden von der Hauptversammlung wiedergewählt. Die Wahl erfolgt für die Dauer von drei Jahren bis zur Hauptversammlung im Jahr 2026.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorständen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierten Leistungen. Sie haben im Geschäftsjahr 2023 mit großem Einsatz trotz eines unverändert anhaltenden schwierigen Marktumfelds erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis erarbeitet, das es uns ermöglicht, Ihnen, liebe Aktionäre, auf der kommenden Hauptversammlung, den vorgenannten Gewinnverwendungsvorschlag unterbreiten zu können.

Wir alle freuen uns auf die Begegnung mit Ihnen im Rahmen unserer Hauptversammlung.

Mönchengladbach, den 17. April 2024



Ludwig Quacken, Vorsitzender

Lagebericht zum Geschäftsjahr 2023

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Unser Geschäftsgebiet erstreckt sich im Wesentlichen auf die Städte Mönchengladbach und Korschenbroich sowie das angrenzende Umland und bietet aus unserer Sicht für weiteres Wachstum ausreichend Potenziale. Neben dem Aufbau und der Pflege der Kundenbeziehungen konzentrieren wir uns bei der Neukundenakquisition auf Privatkunden und Unternehmen mit Sitz im Geschäftsgebiet. Im Bereich Immobilienfinanzierung werden auch Finanzierungen außerhalb des Kerngeschäftsgebietes angeboten.

In den 4 Niederlassungen in Mönchengladbach, Giesenkirchen, Rheydt und Korschenbroich stehen wir unseren Kunden für eine persönliche Beratung und Betreuung zur Verfügung. Persönlicher Service und Kundenfreundlichkeit sind zentrale Bestandteile des Beratungs- und Betreuungskonzeptes.

In unserem digitalen Kompetenzzentrum "GBnow" betreuen wir vor allem digital affine Kunden und Service-Kunden in allen Belangen des Bankgeschäftes. Neben Servicedienstleistungen können Kunden u.a. über digitale Zugangswege Baufinanzierungsberatungen in Anspruch nehmen.

Kernzielgruppen sind anspruchsvolle Kunden in den Segmenten Privat- und Firmenkunden. Unter "anspruchsvoll" verstehen wir die Erwartungshaltung der Kunden nach besonderem Service, Freundlichkeit sowie einer bedarfsgerechten Beratung mit fairen Preisen für die Finanzdienstleistung. Preissensiblen Kunden werden aktiv elektronische Bankdienstleistungen u.a. für die Abwicklung des Wertpapiergeschäftes, des Zahlungsverkehrs sowie im Baufinanzierungsgeschäft angeboten. Daneben bieten wir eine Vielzahl von Servicediensten über das Internet an. Ziel ist es, die elektronischen Dienste der Genossenschaftlichen Finanzgruppe möglichst vollständig im Kundeninteresse nutzbar zu machen.

Ab dem 01.01.2023 wurde in unserer Filiale Rheydt unser Baufinanzierungszentrum für Privatkunden angesiedelt. Im ersten Halbjahr 2024 wird dieses wieder nach Mönchengladbach zurückverlagert – mit Ablegern in den Standorten Giesenkirchen und Korschenbroich.

Das von uns angestrebte stetige und risikoorientierte Wachstum wollen wir im Wesentlichen in unserem Geschäftsgebiet erreichen.

Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung (BVR-ISG-Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG-Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist unsere Bank der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG-Sicherungssystem tätig.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

Die Daten und Zitate der im Folgenden dargestellten Rahmenbedingungen stammen aus dem Rundschreiben Hintergrundmaterial zur Erstellung der Geschäftsberichte der Volksbanken und Raiffeisenbanken des BVR (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken) vom 24.01.2024 bzw. vom 04.03.2024, dem IHK-Konjunkturbericht Jahresbeginn 2024 für die Region Düsseldorf / Mittlerer Niederrhein, dem Report Bilanzstatistik per 31.12.2023 des Genoverband e. V., vormals Genossenschaftsverband - Verband der Regionen e. V. sowie einer vom Genoverband e. V. durchgeführten repräsentativen Umfrage zur vorläufigen Ertragslage per 31.12.2023 (vorläufige Zahlen).

1. Rahmenbedingungen

Konjunktur in Deutschland

Im Jahr 2023 beeinträchtigten der russische Angriffskrieg in der Ukraine, die Spätfolgen der Coronapandemie sowie hohe Energiepreise und Zinsen, die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 %, nachdem es 2022 noch merklich mit 1,8 % zugelegt hatte. Die Inflationsrate verminderte sich zwar von 6,9 % im Jahresdurchschnitt 2022 auf 5,9 % 2023, der Preisauftrieb blieb damit aber weiterhin ausgesprochen hoch. Die Monatswerte zeigen einen rückläufigen Trend, so ist die Inflationsrate ausgehend von den im Januar und Februar mit jeweils 8,7 % markierten Maximalwerten bis November und Dezember auf Jahrestiefstände von 3,2 % und 3,7 % gefallen.

Die bereits Ende 2022 im Zuge des Ukrainekriegs eingetretene wirtschaftliche Schwächephase dauerte im Wesentlichen das gesamte Jahr 2023 an. Im Jahresverlauf belasteten dann verstärkt die von den westlichen Notenbanken in Reaktion auf die Inflation vorgenommenen kräftigen Leitzinsanhebungen die wirtschaftliche Situation in Deutschland und weltweit. Überlagert wurden diese Einflüsse auch von dem andauernden Arbeits- und Fachkräftemangel hierzulande und den hohen Unsicherheiten, beispielsweise über die Folgen des Ende 2023 eskalierenden Nahostkonflikts und den wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts im November.

Arbeitsmarktlage

Trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche blieb der Arbeitsmarkt in einer soliden Grundverfassung. Zwar stieg die Arbeitslosenzahl in der Statistik, auch wegen der verstärkten Erfassung Geflüchteter, von 2,4 Millionen Menschen im Vorjahr auf 2,6 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote befand sich mit 5,7 % aber nach wie vor auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und nur leicht über dem Stand von 2022 (+5,3 %). Zudem hielt der Beschäftigungsaufbau an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte im Vorjahresvergleich um rund 300.000 auf einen neuen Rekordwert von gut 45,9 Millionen Menschen.

USA: Fed lässt Zinserhöhungszyklus auslaufen

Die US-Notenbank Fed beendete am 27. Juli 2023 ihren geldpolitischen Straffungskurs bei einem Leitzinskorridor von 5,25 bis 5,5 %. Damit erhöhte die Fed ihre Zinsen 2023 noch um 100 Basispunkte, nachdem sie 2022 mit 425 Basispunkten das Gros ihrer geldpolitischen Reaktion auf den Inflationsschock bereits vollzogen hatte. Den Abbau ihrer Anleihestände setzte die US-Notenbank in dem von ihr 2022 festgelegten Tempo fort. Seit August 2023 hielt die Fed ihre Leitzinsen stabil. Senkungen der Leitzinsen schloss die Fed in ihrer Außenkommunikation auch für 2024 bis zu jenem, noch zu erreichenden Zeitpunkt aus, an dem die Inflation gesichert zum Zielwert von 2 % zurückkehrt. Weitere Zinserhöhungen hielt sie sich für den Fall wieder steigender Inflation hingegen explizit offen, trotz zum Jahresende rückläufiger Kerninflationen.

Europa: EZB erhöht Leitzinsen um 200 Basispunkte auf höchstes Zinsniveau ihrer Geschichte

Nachdem die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen 2022 um 250 Basispunkte erhöht hatte, vollzog sie 2023 sechs weitere Zinserhöhungen um insgesamt 200 Basispunkte. Am 20. September 2023 erreichten die Leitzinsen ihren vorläufigen Höhepunkt mit 4 % für die Einlagefazilität und 4,5 % für die Hauptrefinanzierungsfazilität sowie 4,75 % für die Spitzenrefinanzierungsfazilität. Auf den nachfolgenden Sitzungen bis zum Jahresende bestätigte die EZB dieses Zinsniveau und kündigte an, es so lange aufrecht halten zu wollen, bis die Inflation das mittelfristige EZB-Ziel von 2 % wieder erreiche. Parallel zu ihren Leitzinserhöhungen fuhr die EZB auch ihre Anleihekaufprogramme weiter zurück, um dadurch ihre restriktive Geldpolitik zu verstärken.

Regionale Wirtschaft

Die Unternehmen in der Region erwarten konjunkturell ein weiteres schwieriges Jahr. Der Pessimismus ist insbesondere auf zunehmend problematische wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zurückzuführen. Auch über das eigene Land hinaus weist das weltwirtschaftliche Umfeld zurzeit mehr Risiken als Chancen auf. Infolge der Rahmenbedingungen im In- und Ausland spürt die Industrie bei den Auftragseingängen bislang keinen Turnaround und lastet die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Viele Unternehmen bauen Personal ab, gleichzeitig ist der Fachkräftemangel für 46 % der Unternehmen ein bedeutendes Geschäftsrisiko. Die Investitionsneigung ist zurückhaltend. Die Hoffnung auf einen stärkeren privaten Konsum angesichts zurückgehender Inflation und höherer Löhne hat sich nicht erfüllt. Impulse von dieser Seite drohen auszubleiben.

Mitgliedsbanken im „Genoverband e.V.“ (vormals „Genossenschaftsverband - Verband der Regionen e.V.“)

Der „Genossenschaftsverband – Verband der Regionen“ hat sich zu Beginn des Jahres 2024 umbenannt in „Genoverband e.V.“. Die folgenden Zahlen wurden dem Report des Genoverbandes über die Auswertung der Bilanzstatistik entnommen. Die addierte Bilanzsumme aller Mitgliedsbanken stieg um 0,1 % auf EUR 586,2 Mrd. Träger des Wachstums waren wiederum vor allem das Kreditgeschäft. Das Wachstum bei den Ausleihungen an Privat- und Firmenkunden basiert vor allem auf der Nachfrage nach langfristigen Finanzierungen. Der Bestand an langfristigen Krediten erhöhte sich um 2,4 % auf EUR 345,1 Mrd. Insgesamt betrug das Kundenforderungsvolumen zum Jahresende EUR 389,6 Mrd. Der Bestand an Kundeneinlagen sank um 0,8 % auf EUR 418,9 Mrd. Insbesondere die täglich fälligen Einlagen reduzierten sich auf EUR 275,9 Mrd. und hatten damit einen Anteil von 65,9 % an den gesamten Kundeneinlagen. Auch im Geschäftsjahr 2023 konnten die Mitgliedsbanken ihr bilanzielles Eigenkapital um 3,8 % auf EUR 31,5 Mrd. weiter stärken.

Eine vom Genoverband e.V. durchgeführte repräsentative Umfrage bei den Mitgliedsbanken hat ergeben, dass sich das Zins- und Provisionsergebnis im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme von 2,25 % auf 2,49 % erhöht hat. Die Verwaltungsaufwendungen nahmen von 1,45 % auf 1,50 % zu und das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit verbesserte sich von 0,29% auf 1,03%, jeweils im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Institutes auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir für 2024 die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zur Rentabilität, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost-Income-Ratio (CIR) bestimmt. Diese Kennziffer setzt die angefallenen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen (GuV-Posten 10 und 11) ins Verhältnis zum erzielten Rohergebnis (GuV-Posten 1 - 3 und 5 - 7) und dem Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen inkl. sonstigen Steuern. Bei der Berechnung werden betriebswirtschaftlich außerordentliche Faktoren eliminiert. Sie sollte 70,0 % nicht überschreiten.
- Als Betriebsergebnis vor Bewertung werden EUR 8,7 Mio. angestrebt. Das Betriebsergebnis vor Bewertung (im betriebswirtschaftlichen Sinne) ist das um Bewertungsergebnisse und betriebswirtschaftlich außerordentliche Faktoren bereinigte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der internen Steuerung wird dieses ergänzend auch in Relation zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen (DGV) angegeben. Das Betriebsergebnis vor Bewertung in dieser Definition kann vom aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleiteten Betriebsergebnis vor Bewertung gemäß Abschnitt B.4.a) abweichen. Die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen (DGV) sollte dabei 0,99 % betragen.
- Als Überschuss vor Steuern sollten mindestens EUR 6,2 Mio. erzielt werden. Die Relation des Überschusses vor Steuern zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen (DGV) sollte dabei 0,70 % betragen.
- Der Bewertungsaufwand aus dem Kundenkreditgeschäft und dem Wertpapiergeschäft sollte sich insgesamt maximal auf 0,3 % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens (DGV) belaufen. Das maßgebliche Bewertungsergebnis setzt sich aus den GuV-Posten 13 - 16 bereinigt um Veränderungen der Vorsorgereserven nach § 340f HGB zusammen.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgen in den nächsten Abschnitten. Auf die Festlegung nichtfinanzieller Leistungsindikatoren haben wir verzichtet.

Die Gladbacher Bank muss aufgrund ihrer Größe nicht über Art und Umfang ihrer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten in einer nicht-finanziellen Erklärung berichten. Gleichwohl befasst sich die Bank in ihrer Geschäfts- und Risikostrategie mit ethischen, sozialen und ökologischen Aspekten und forciert eine Weiterentwicklung des Bewusstseins der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sukzessive konkrete Umsetzungsmaßnahmen.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2023 stellt sich wie folgt dar:

- Die CIR lag im Geschäftsjahr 2023 bei 67,58 % (Vorjahr: 74,41 %). Unser Ziel von 67,35 % konnten wir nahezu erreichen.
- Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist für die Beurteilung der Ertragslage eine wichtige interne Steuerungsgröße unserer Bank. Es ermittelt sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich des Steueraufwandes, zuzüglich des Bewertungsergebnisses sowie bereinigt um wesentliche periodenfremde Erfolgsposten bzw. Einmaleffekte und Sondereinflüsse. Unser Betriebsergebnis vor Bewertung verbesserte sich von TEUR 5.168 auf TEUR 7.411. Die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen (DGV) betrug 0,87 % (Vorjahr 0,60 %). Das im Vorjahr prognostizierte Betriebsergebnis vor Bewertung haben wir übertroffen.
- Der Überschuss vor Steuern verbesserte sich von TEUR 214 auf TEUR 15.345. Die Relation des Überschusses vor Steuern zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen (DGV) stieg von 0,02 % auf 1,79 %. Unser Ziel von EUR 6,9 Mio. bzw. 0,79 % wurde damit übertroffen.
- Das Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft und dem Wertpapiergeschäft belief sich insgesamt auf 0,92 % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens (DGV) und war somit besser als unsere Kalkulation von 0,00 %.

Die Entwicklung der bedeutsamen Leistungsindikatoren hat unsere Prognose jeweils nahezu erreicht oder übertroffen. Ursächlich für die positive Planabweichung bei dem Betriebsergebnis vor Bewertung ist primär der höher als geplant erzielte Zinsüberschuss.

	Berichtsjahr	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	864.399	851.423	12.975	1,5
Außerbilanzielle Geschäfte *)	71.925	82.354	-10.429	-12,7

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

In der Planung für das Geschäftsjahr 2023 waren wir von leicht steigenden Kundeneinlagen und einem leichten Wachstum im Kreditgeschäft und in Summe von einem geringen Anstieg der Bilanzsumme ausgegangen. Der Anstieg der Bilanzsumme um EUR 13,0 Mio. bewegt sich im Rahmen unserer Erwartungen.

Die außerbilanziellen Geschäfte liegen unter Vorjahresniveau. Im außerbilanziellen Geschäft weisen wir zum Jahresultimo EUR 71,9 Mio. Eventualverbindlichkeiten aus. Damit sind diese um 12,7 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die unwiderruflichen Kreditzusagen sind um 20,5 % auf EUR 44,9 Mio. zurückgegangen. Für das Kundengeschäft haben wir zum Bilanzstichtag außerbörsliche Devisentermingeschäfte in Höhe von EUR 9,7 Mio. und börsengehandelte EUREX-Geschäfte in Höhe von EUR 0,4 Mio. abgeschlossen. Zur Kurssicherung wurden in gleicher Höhe fristenkongruente Deckungsgeschäfte mit der DZ BANK AG getätigt.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	518.558	524.010	-5.452	-1,0
Wertpapieranlagen	196.585	213.091	-16.506	-7,7
Forderungen an Kreditinstitute	112.402	75.735	36.667	48,4

Die Position Kundenforderungen reduzierte sich zum Stichtag um EUR 5,5 Mio. (-1,0 %). Unser Wachstumsziel der durchschnittlichen Kreditinanspruchnahme in Höhe von 3 % wurde nicht erreicht.

Der Wertpapierbestand reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten und Verkäufen um EUR 16,5 Mio.

Unsere risiko- und wachstumsorientierte Kreditvergabepolitik werden wir beibehalten. Langfristig zinsgebundene Baufinanzierungen wollen wir vornehmlich an unsere langjährigen Kooperationspartner, die DZ HYP AG, die Nordrheinische Ärzteversorgung und die Münchener Hypothekenbank eG, vermitteln.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um EUR 36,7 Mio. gestiegen. Sie enthalten fast ausschließlich Kontokorrentguthaben und Festgeldanlagen bei der DZ BANK AG Frankfurt. Die Kontokorrentguthaben in JPY (Japanische Yen) unterliegen einer Negativverzinsung. Die von unseren Partnern zum Geschäftsjahresschluss in ihr Kreditobligo genommenen Konsortialkredite verringerten sich um EUR 100,8 Mio. auf EUR 786,5 Mio.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	150.517	132.565	17.953	13,5
Spareinlagen	121.536	127.115	-5.579	-4,4
andere Einlagen	482.158	488.058	-5.900	-1,2
verbriefte Verbindlichkeiten	128	128	0	0,0

Die Position Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhaltet hauptsächlich Förderkredite, die wir an unsere Kunden weitergeben. Der Bestand stieg um EUR 18,0 Mio. bzw. 13,5 % an. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Fördermittelkredite im Zusammenhang mit der Vergabe von Baufinanzierungskrediten.

Die Kundeneinlagen sind in 2023 gegenüber dem Vorjahr um EUR 11,5 Mio. gesunken. Sie bilden mit einem Anteil von ca. 70 % an der Bilanzsumme die Hauptrefinanzierungsquelle. Für 2023 hatten wir einen leichten Anstieg an Kundengeldern geplant. Weiterhin halten unsere Kunden überwiegend kurzfristige Sicht-, Spar- und Termineinlagen. Innerhalb der Kundeneinlagen wurden spürbare Umschichtungen von Sichteinlagen in kurzfristige Termineinlagen vorgenommen. Die Fremdwährungseinlagen erhöhten sich geringfügig von EUR 5,4 Mio. auf EUR 5,5 Mio. Die verbrieften Verbindlichkeiten bestehen aus bereits fälligen, aber noch nicht eingelösten Papieren und spielen als Refinanzierungsquelle keine Rolle mehr.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	2.100	1.729	371	21,4
Vermittlungserträge	4.931	5.608	-676	-12,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	2.735	2.645	90	3,4
Sonstige Dienstleistungserträge	727	743	-16	-2,2

Wesentliche Bestandteile des Dienstleistungsgeschäfts sind neben der Abwicklung des Zahlungsverkehrs das Wertpapiergeschäft und die Vermittlung von Baufinanzierungen, Versicherungen und Bausparverträgen. Als besondere Dienstleistungen übernehmen wir für unsere Kunden die Vermögensverwaltung.

In 2023 wickelten wir für unsere Kunden EUR 147,3 Mio. (Vorjahr EUR 94,6 Mio.) Kauf- und EUR 69,8 Mio. (Vorjahr EUR 72,0 Mio.) Verkaufsumsätze in Wertpapieren ab. Unsere Kunden unterhielten 3.214 (Vorjahr 3.015) Depots mit einem Kursvolumen von EUR 455,2 Mio. (Vorjahr EUR 381,2 Mio.). Bei unserem Verbundpartner Union Investment wurden zusätzliche Depotbestände in Höhe von EUR 104,8 Mio. (inkl. fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen; Vorjahr EUR 92,7 Mio.) gehalten. Die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft erhöhten sich um TEUR 371 gegenüber dem Vorjahr. Das Jahresziel wurde übertroffen.

Wir haben im Berichtsjahr bei den gesamten Vermittlungserträgen Mindererträge gegenüber dem Vorjahresergebnis von TEUR 676 erzielt. Eine Haupteinlösequelle ist die Vermittlung von Baufinanzierungen. Die Erträge hieraus haben sich um TEUR 1.255 auf TEUR 3.359 verringert. In den Vermittlungserträgen sind auch die Erträge aus unserer eigenen Vermögensverwaltung enthalten, diese haben sich um TEUR 611 auf TEUR 1.300 erhöht.

Im Bereich Zahlungsverkehr lagen die Erträge um TEUR 90 höher als im Vorjahr, wir haben den Planwert jedoch verfehlt. Im Bereich Versicherungsvermittlung arbeiten wir ausschließlich mit unserem Verbundpartner "R+V" zusammen. Das erzielte Provisionsergebnis liegt in diesem Bereich um TEUR 30 unter dem des Vorjahres und beträgt TEUR 203.

Als sonstige Dienstleistung bieten wir für unsere Firmenkundschaft die Abwicklung von Außenhandels- und Devisengeschäften an. Wir betreiben außerdem das Avalgeschäft und bieten unseren Kunden Schließfächer zur Miete an.

Personal- und Sozialbereich

Im Jahresdurchschnitt wurden 121 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr 126). Zum Ende des Geschäftsjahres beschäftigten wir 118 Mitarbeiter (im Vorjahr 129). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 Mitarbeiter auf 32 Beschäftigte. Im Jahr 2023 haben wir 2 Auszubildende sowie 2 duale Studenten eingestellt. Zum Jahresende beschäftigten wir insgesamt 7 Auszubildende (Vorjahr 9) sowie 5 duale Studenten (Vorjahr 4). Den Mitarbeitern wurden insgesamt 312 Tage für die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gewährt. Darin enthalten sind 77 Tage für Online-Seminare in Teil-/Vollzeit mit unterschiedlichen Teilnehmerzahlen.

Über die tarifvertraglichen Sozialleistungen hinaus bietet die Gladbacher Bank ihrer Belegschaft verschiedene Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements zur Prävention und Gesundheitsförderung. Es besteht außerdem die Möglichkeit eines Dienstbike-Leasings.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Bank haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	14.160	11.875	2.285	19,2
Provisionsüberschuss ²⁾	8.620	8.403	217	2,6
Handelsergebnis	-9	11	-20	-181,9
Verwaltungsaufwendungen	14.792	14.385	407	2,8
a) Personalaufwendungen	9.558	9.537	21	0,2
b) andere Verwaltungsaufwendungen	5.234	4.847	387	8,0
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	7.483	5.270	2.213	42,0
Bewertungsergebnis ⁴⁾	1.909	-2.256	4.164	-184,6
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	9.392	3.014	6.378	211,6
Steueraufwand	2.695	1.516	1.179	77,8
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	5.000	0	5.000	***, *
Jahresüberschuss	1.697	1.498	199	13,3

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der Zinsüberschuss stieg und lag mit TEUR 1.725 über den Planwerten. Maßgeblich war die wieder positive Verzinsung unserer Liquiditätsüberschüsse bei der DZ BANK AG.

Der Provisionsüberschuss lag um TEUR 217 über dem Vorjahreswert. Der Planwert des Provisionsüberschusses wurde um TEUR 80 unterschritten. Der Zielerreichungsgrad lag bei 99,1 %. Hauptursache hierfür sind die Provisionen aus der Vermittlung von Baufinanzierungen, die sich reduzierten und unter der Planung lagen. Andererseits haben sich die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft und der Vermögensverwaltung deutlich erhöht.

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 21 und lagen um TEUR 837 über dem Planwert. Die Planzahl für 2023 wurde überschritten, weil diese kein Budget für erfolgsabhängige Sonderzahlungen enthielt und darüber hinaus eine nicht geplante Sonderzahlung zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgte.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen lagen um TEUR 387 über dem Vorjahreswert und um TEUR 294 über dem Planwert. Höhere Kosten resultieren vornehmlich aus erforderlichen Ersatzinvestitionen in eine neue Heiz- und Klimaanlage der Hauptstelle.

Das Nettoergebnis des Handelsbestands ergibt sich aus den saldierten Erträgen und Aufwendungen aus dem Wertpapierhandel. Die Handelsaktivitäten sind von untergeordneter Bedeutung.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich aufgrund der dargestellten Entwicklungen um TEUR 2.213 auf TEUR 7.483 erhöht.

Das Bewertungsergebnis ist mit TEUR 1.909 in Summe positiv und liegt um TEUR 4.164 über dem Vorjahreswert. Es resultiert überwiegend aus Zuschreibungen bei festverzinslichen Wertpapieren aufgrund eines zinsinduzierten positiven Bewertungseffekts.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich um TEUR 6.378 verbessert.

Der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.697 ist für die Dividendenausschüttung an unsere Aktionäre vorgesehen.

Die Prognose zum Jahresüberschuss konnten wir übererfüllen.

b) Finanzlage

Investitionen

In unserer Hauptstelle in Mönchengladbach und in unserer Niederlassung in Korschenbroich wurden Photovoltaikanlagen installiert. Der dort erzeugte Strom dient dem Eigenverbrauch.

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung.

Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 128 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 170 % (Vorjahr 165 %). Aufgrund unserer Liquiditätsplanung und -steuerung, der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund und der unterhaltenen Bankguthaben und Wertpapieranlagen, gehen wir davon aus, dass auch in den kommenden Jahren die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gegeben sein wird.

Hauptrefinanzierungsquellen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bilden mit einem Anteil von ca. 69,8 % an der Bilanzsumme nach wie vor die Hauptrefinanzierungsquelle unserer Bank. Eine weitere Hauptrefinanzierungsquelle sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 17,4 %. Diese Position beinhaltet im Wesentlichen Förderkredite, die an die Kunden weitergegeben werden.

c) Vermögenslage

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,20 % (Vorjahr 0,18%).

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	96.593	90.894	5.699	6,3
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	95.118	94.479	639	0,7
Harte Kernkapitalquote	19,4 %	18,2 %		
Kernkapitalquote	19,4 %	18,2 %		
Gesamtkapitalquote	20,5 %	19,3 %		

1) Hierzu rechnen die Passivposten 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Angemessene Eigenmittel, auch als Bezugsgröße für eine Reihe von Aufsichtsnormen, bilden neben einer stets ausreichenden Liquidität die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik.

Unser Kernkapital beträgt 89,8 Mio. EUR; das sind 10,4 % der Bilanzsumme. Nach unserer Unternehmensplanung ist von einer Einhaltung der Kapitalquoten bei dem erwarteten Geschäftsvolumenszuwachs auch zukünftig auszugehen.

Die Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG werden im Anhang, Abschnitt D. Erläuterungen zur Bilanz unter der Zwischenüberschrift Eigenkapital gemacht.

Kundenforderungen

Struktur und räumlicher Umfang unseres Geschäftsgebietes ermöglichen uns weiterhin eine ausgewogene branchen- und größenmäßige Streuung unserer Ausleihungen.

95,4 % unseres Risikovolumens befinden sich in den besten drei VR-Ratingstufen 0+ bis 2e (von 9 Stufen). Die Engagement-Größenklassen verteilen sich wie folgt: 43,2 % des Risikovolumens befinden sich in den Größenklassen von TEUR 0 bis unter TEUR 500, 23,1 % in den Größenklassen von TEUR 500 bis unter TEUR 2.500 und 33,7 % in den Größenklassen ab TEUR 2.500. Das Kundenkreditportfolio nach Branchen gliedert sich wie folgt: mit 17,1 % am Risikovolumen ist die Branche Grundstücks- und Wohnungswesen dominierend, die nächstgrößere mit 8,2 % ist die Branche Groß- und Einzelhandel. Der Anteil der Privatkunden am Risikovolumen beträgt 48,6 %.

Die Forderungen an unsere Kunden haben wir auch zum Jahresende 2023 nach dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip bewertet. Akute Risiken im Kreditgeschäft wurden in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert. Die für erkennbare bzw. latente Risiken in angemessener Höhe gebildeten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden von den entsprechenden Aktivposten abgesetzt. Darüber hinaus bestehen für erkennbare bzw. latente Kreditrisiken Rückstellungen für Kreditzusagen sowie Pauschalwertberichtigungen.

Aus vorhandener Liquidität konnten wir allen vertretbaren und berechtigten Kreditwünschen unserer mittelständischen Kundschaft entsprechen.

Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen der Bank entwickelten sich wie folgt:

	Berichtsjahr TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR	%
Liquiditätsreserve	196.585	213.091	-16.506	-7,7

Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Der Bestand wurde aufgrund von Fälligkeiten und Verkäufen um EUR 16,5 Mio. abgebaut. Der Anteil der Wertpapiere an unserer Bilanzsumme beträgt 22,7 %. Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 97,81 % auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) und von 2,19 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Die Duration unseres Anleihebestandes beläuft sich auf 2,17 Jahre. Das Anleiheportfolio verteilt sich geographisch mit 61,0 % auf inländische Papiere, zu 18,7 % auf EU-Papiere und zu 20,3 % auf Papiere außerhalb der EU. Die Emittenten sind zu 55,9 % Kreditinstitute, zu 25,4 % Corporates und zu 18,8 % die öffentliche Hand. Mehr als 88 % unseres Anleihebestands ist zwischen A- und AAA geratet. Kein Papier liegt unter einem Rating von BBB-.

Für Emittenten und einzelne Assetklassen in unserem Depot-A haben wir Beschränkungen in Form von Volumenslimiten und Ratinganforderungen festgelegt. Dadurch erzielen wir eine ausgewogene Risikodiversifikation.

Ein Handelsbuch im Sinne des Artikels 102 CRR unterhalten wir nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Artikels 94 Abs. 1 CRR. Zum Jahresende weisen wir keinen Bestand im Handelsbuch aus.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Rahmenbedingungen für Banken waren auch im Geschäftsjahr 2023 anspruchsvoll. Dafür verantwortlich waren vornehmlich der starke Anstieg der kurzfristigen Zinsen und die daraus resultierende inverse Zinsstruktur. Das Ziel für das Betriebsergebnis vor Bewertung haben wir übertroffen. Das Bewertungsergebnis fiel besser als im Vorjahr aus und war positiv. Der erzielte Jahresüberschuss war höher als für 2023 geplant und auch höher als im Geschäftsjahr 2022.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Ziele des Risikomanagementprozess

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie. Hierin sind die strategischen Unternehmensziele unserer Bank und unsere geplanten Maßnahmen zur Sicherung des langfristigen Unternehmenserfolgs beschrieben sowie das Grundverständnis des Vorstandes zu den wesentlichen Fragen der Geschäftspolitik dokumentiert.

Die Unternehmensleitung trägt für das Risikomanagement die Gesamtverantwortung. Dabei wird sie durch die Gesamtbanksteuerung bei risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zum Controlling und Management von Risiken, unterstützt. Das Controlling ist zuständig für die Entwicklung von Grundsätzen, Methoden und Standards des Risikocontrollings, das sich auf die Verfahrensentwicklung in der genossenschaftlichen Finanzgruppe (gFG) stützt. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion im Sinne der MaRisk wurde der Abteilungsleitung Controlling übertragen.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht die vollständige Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken unter der Wahrung eines angemessenen Chancen-Risiko-Profiles unserer Risikopräferenz entsprechend. Dabei beachten wir die folgenden Grundsätze:

- Risiken müssen einen angemessenen Ergebnisbeitrag bringen,
- Risiken werden nur im Rahmen definierter Risikolimits eingegangen, die aus dem Risikoappetit des Vorstandes abgeleitet wurden,
- Verwendung rechtlich geprüfter Verträge,
- Geschäfte werden nur abgeschlossen, wenn wir deren Risiken verstehen, einschätzen und steuern können.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Die Kontrolle und das Management der Risiken sind für uns zentrale Aufgaben und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu steuern und zu überwachen sowie negative Abweichungen von der Erfolgs-, Kapital- und Liquiditätsplanung zu vermeiden.

Risikoidentifizierung

Als Risiko definieren wir die negative Abweichung vom erwarteten Ergebnis bzw. Planwert aufgrund von Unsicherheit. Zur Beurteilung der Wesentlichkeit von möglichen Risiken verschaffen wir uns einmal im Jahr im Rahmen der Risikoinventur sowie anlassbezogen einen Überblick über die Risiken unserer Bank. Als wesentliche Risiken werden diejenigen Risiken eingestuft, die aufgrund von Art und Umfang, eventuell auch durch deren Zusammenwirken, die Ertrags-, Liquiditäts- und Vermögenslage sowie die Kapitalausstattung wesentlich beeinträchtigen können. Dabei werden auch übergreifende Risiken wie das Modell-, Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiko sowie Risikokonzentrationen in der Wesentlichkeitsbewertung der einzelnen Risikoklassen berücksichtigt.

Bei der Gladbacher Bank werden aktuell das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko sowie das Liquiditätsrisiko (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) als wesentliche Risiken bewertet.

Risikobeurteilung

Alle in der Risikoinventur als wesentlich bewertete Risiken werden anhand von Risikomessverfahren quantifiziert. Dabei verwendet die Bank vor allem Value-at-Risk-basierte Verfahren.

Die laufende Quantifizierung potenzieller Verluste unter normalen Marktbedingungen wird zusätzlich um Szenarien für außergewöhnliche Ereignisse ergänzt (Stresstests). Dabei werden die aktuelle Portfoliosituation sowie unsere Geschäfts- und Risikostrategie berücksichtigt.

Für die einzelnen Risikoarten findet in regelmäßigen Abständen eine Überprüfung der eingesetzten Methoden in Form von Validierungen, Angemessenheitsprüfungen und Backtestings statt. In diesem Kontext befassen wir uns auch mit den Annahmen und Grenzen der verwendeten Modelle.

Risikoberichterstattung

Für die Risikoberichterstattung bestehen feste Kommunikationswege und ein festgelegter Empfängerkreis. Das regelmäßige Berichtswesen umfasst unter anderem die Risikotragfähigkeitsberechnung, Informationen zur Limitauslastung sowie Detailansichten zu den wesentlichen Risiken und bildet die Basis für Abweichungsanalysen (Soll-Ist-Vergleiche). Es dient als Grundlage für die Ableitung und Bewertung von Handlungsalternativen sowie für die Entscheidung und Umsetzung von Maßnahmen zur Risikosteuerung.

Anlassbezogen werden, bei sich abzeichnenden oder eintretenden starken Veränderungen, umgehend Analysen über die Auswirkungen auf die Risiko- und Ertragslage der Bank durchgeführt und es wird darüber berichtet.

Risikotragfähigkeit und Liquiditätstragfähigkeit

Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie. Es wird dabei unterschieden, ob die Risiken adäquat durch Kapital im Sinne des Risikodeckungspotenzials (Risikotragfähigkeit) bzw. durch hochliquide Aktiva als Liquiditätsdeckungspotenzial (Liquiditätstragfähigkeit) gedeckt werden können.

Zur Bestimmung unserer Risikotragfähigkeit haben wir zum 1. Januar 2023 auf die normative und ökonomische Perspektive gemäß Leitfadens zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Bundesbank vom 24. Mai 2018 umgestellt.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive werden die Eigenmittelanforderungen (Kapitalbedarf) den regulatorischen Eigenmitteln gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden. Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von drei Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt. Darüber hinaus werden in der normativen Perspektive auch Stressbetrachtungen vorgenommen.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive war auf Grundlage der verwendeten Verfahren gegeben. Die Mindestanforderungen an das Kapital waren auch unter Berücksichtigung des adversen Szenarios eingehalten.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Darüber hinaus besteht unser Anspruch darin, das aus den geschäftspolitischen Zielen abgeleitete ökonomische Gesamtrisikolimit, welches unserem Risikoappetit entspricht, ebenfalls zu decken. Ausgangspunkt bei der barwertigen Ermittlung des Risikodeckungspotenzials ist grundsätzlich der Barwert (Marktwert) sämtlicher Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Einzelne unwesentliche Positionen werden aus Vereinfachungsgründen aktuell noch mit ihrem Buchwert angesetzt. Dabei werden auch außerbilanzielle Größen berücksichtigt. Die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials erfolgt somit grundsätzlich losgelöst von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive war auf der Grundlage der verwendeten Verfahren und des vorhandenen Risikodeckungspotenzials gegeben und stellte sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Ökonomische Risikotragfähigkeit	Berichtsjahr
Risikodeckungspotenzial in TEUR	103.516
Gesamtbankrisikolimit in TEUR	56.500
Gesamtbankrisiko in TEUR	40.804
Auslastung des Gesamtbankrisikolimits	72,2 %
Auslastung des Risikodeckungspotenzials	39,4 %

Die Ermittlung der Liquiditätstragfähigkeit erfolgt ebenfalls in einer normativen und einer ökonomischen Perspektive anhand von aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen sowie einer Überwachung des Überlebenshorizonts.

In der normativen Perspektive wird das Ziel verfolgt, kurzfristig und in unserer mehrjährigen Geschäftsplanung die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen einzuhalten. Dazu werden hochliquide Vermögenswerte den aufsichtsrechtlichen Nettomittelabflüssen gegenübergestellt. Für die Steuerung der normativen Liquiditätstragfähigkeit verwendet die Bank die aufsichtsrechtlich vorgegebene Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR). Der bankintern festgelegte Frühwarnindikator der LCR beträgt 130,0 %. Die Liquidity Coverage Ratio betrug zum Berichtsstichtag 170,4 %. Zusätzlich wird die Net Stable Funding Ratio (NSFR) als normative Mindestgröße in der Banksteuerung berücksichtigt. Diese zeigt das Verhältnis von verfügbarer zur erforderlichen stabilen Refinanzierung auf. Die NSFR betrug zum Berichtsstichtag 120,1 %. Die erforderlichen aufsichtsrechtlichen Mindestgrößen wurden für beide Kennzahlen auf Grundlage der verwendeten Verfahren im gesamten Berichtsjahr eingehalten. Entsprechend unserer Gesamtbankplanung halten wir diese beiden Kennzahlen auch in unserem Planungszeitraum über drei Jahre ein.

In der ökonomischen Perspektive werden neben der Plan-Liquiditätsablaufbilanz Stress-Liquiditätsablaufbilanzen vierteljährlich erstellt. Diese berücksichtigen die Liquiditätsauswirkungen von institutseigenen und marktweiten Ursachen sowie eine Kombination daraus. Wir haben einen Mindest-Überlebenshorizont von 9 Monaten für die Plan-Liquiditätsablaufbilanz sowie die Stress-Liquiditätsablaufbilanzen definiert; dieser wurde im Berichtszeitraum nicht unterschritten.

Risikoarten und Risikomessung

Wir unterscheiden folgende Risikoarten in der ökonomischen Risikotragfähigkeitsermittlung, deren Limithöhe sowie Risikoauslastung in der nachstehenden Tabelle aufgeführt sind.

Risiko	Berichtsjahr	
	Limit in TEUR	Auslastung
Adressenausfallrisiko bzw. Kreditrisiko	19.000	77,01 %
Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken	34.500	69,11 %
Operationelles Risiko	3.000	77,72 %

Für das Liquiditätsrisiko gibt es kein Limit.

Die Zahlen des Geschäftsjahres 2022 werden in der Tabelle nicht dargestellt, da sie aufgrund der Umstellung des Systems in 2023 nicht mit dem Vorjahr vergleichbar sind.

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zugrunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Die Risikoartenlimite wurden auf Grundlage der verwendeten Verfahren eingehalten.

Die Risikomessung für die in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigten Risikoklassen erfolgt mithilfe geeigneter Value-at-Risk (VaR)-Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99,9 %. Bei den Risikoklassen, für die kein statistisches Verlustverteilungsmodell verwendet wird, erfolgt eine expertenbasierte Risikoeinschätzung, die dem Ausmaß nach dem 99,9 %-Quantil entspricht.

Risiken

Für unsere Bank sind die folgenden Risikokategorien zum Abschlussstichtag als wesentlich eingestuft:

Adressenausfallrisiken bzw. Kreditrisiko

Unter Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern das erwartete Ausmaß übersteigen. Das Adressenausfallrisiko umfasst vor allem das Kreditrisiko sowie das Kontrahenten- und Emittentenrisiko im Eigengeschäft.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken erfolgt insbesondere durch den Einsatz von Ratingverfahren der genossenschaftlichen Finanzgruppe. Die Verfahren ermöglichen, für alle wesentlichen Kreditsegmente Ausfallwahrscheinlichkeiten ("erwartete Verluste") zu ermitteln und die Kredite Risikoklassen zuzuordnen. Unser Kundenkreditvolumen ist zu mehr als 99 % mit diesen Verfahren klassifiziert.

Gemäß unseren Grundsätzen zur Risikosteuerung nehmen wir zur Absicherung von Kreditrisiken werthaltige Sicherheiten herein. Das Kreditvolumen war zu 56,3 % mit werthaltigen Sicherheiten unterlegt.

Wir ermitteln vierteljährlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Kundengeschäfte (KPM-KG) barwertig unter VR-Control einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk für 12 Monate) aus dem Kundenkreditgeschäft. Die Berechnung erfolgt auf Basis von Kreditrisikoprämien in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die modellierten Verluste auf Basis des LGD-Modells als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Sektorparameter zugrunde liegen. Auf dieser Basis ist unser Risikolimit (Anteilig 6,0 Mio. EUR) zum 31. Dezember 2023 zu 73,6 % ausgelastet.

Das Kreditrisiko bei Eigenanlagen wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption der Bank vierteljährlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG) ermittelt. Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen. Die Ermittlung des in der Risikomessung angesetzten unerwarteten Verlustes (Risikoszenario) basiert auf einer Haltedauer von 250 Tagen. Auf dieser Basis ist unser Risikolimit (Anteilig 13,0 Mio. EUR) zum 31. Dezember 2023 zu 78,6 % ausgelastet.

Kreditrisiken aus Fonds werden mittels einer von der Kapitalanlagegesellschaft ermittelten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer berücksichtigt, die nur das Adressenausfallrisiko abbildet. Das Marktrisiko des Fonds berücksichtigen wir mittels einer separaten Ex-ante-Value-at-Risk-Kennziffer.

Die Ratingergebnisse werten wir auf aggregierter Basis u. a. nach Volumina, Blankoanteilen und Verlustpotenzial aus. Die Auswertungen geben außerdem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Bonitätsnoten sowie Risikogruppen.

Die Streuung der Kundenforderungen nach Branchen- und Größenklassen ist breit diversifiziert. Der Schwerpunkt liegt bei der Branche "Grundstücks- und Wohnungswesen". Forderungen an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland bestehen in einem vertretbaren Umfang von 3,4 % Anteil am Risikovolumen.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der vollwertigen, aber nach unserer Einschätzung mit erhöhten Risiken behafteten Forderungen ist überschaubar; für hierin enthaltene Ausfallgefahren bestehen nach unserer Einschätzung ausreichende Abschirmungsmöglichkeiten aus dem laufenden Ergebnis und den vorhandenen Reserven.

Adressenausfallrisiken in festverzinslichen Wertpapieren begegnen wir grundsätzlich dadurch, dass wir Emittentenlimite festgesetzt haben und uns bei der Anlage ausschließlich auf Emittenten einwandfreier Bonität beschränken. Wertpapiere mit einem Rating schlechter als BBB- bzw. Baa3 (nach Standard & Poor's, Moody's, Fitch) nehmen wir nicht in das Portfolio. Die Steuerungsmethoden wurden im Berichtszeitraum nicht angepasst.

Marktpreisrisiken bzw. Marktrisiken

Das Marktpreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste entstehen können. Marktpreisrisiken umfassen Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstige Marktrisiken.

Banken sind angesichts von Inkongruenzen zwischen aktiven und passiven Festzinspositionen insbesondere dem allgemeinen Zinsänderungsrisiko ausgesetzt.

Im Rahmen der ökonomischen Risikomessung des Zinsrisikos berechnen wir vierteljährlich einen Value-at-Risk, der auf einem historischen Zeitraum basiert. Als Szenariotechnik verwenden wir eine Skalierung über eine eintägige Verbarwertung mittels Resampling. Auf dieser Basis ist unser Risikolimit zum 31. Dezember 2023 zu 78,7 % ausgelastet.

Das Aktienrisiko bestand zum 31.12.2023 aus Aktienanleihen. Das Risikolimit war zu 41,0 % ausgelastet.

Die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Stressberechnungen für den Fall eines „Zinsschocks“ zeigen aus Sicht der Bank keine kritischen Werte.

Für Wertpapierkursrisiken, die wir wöchentlich messen, sind Limite festgesetzt.

Ungedeckte Währungspositionen bestehen aus Geld- und Wertpapieranlagen im Gegenwert von EUR 3,3 Mio.

Ein Handelsbuch führen wir nur im Rahmen der Bagatellgrenzen des Artikel 94 CRR. Ein Handelsbuchbestand war am 31.12.2023 nicht vorhanden.

Die Steuerungsmethode erfolgte im Berichtszeitraum barwertig und in der Vorperiode GuV-orientiert.

Liquiditätsrisiko

Unter dem Liquiditätsrisiko verstehen wir die Gefahr, den Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt und fristgerecht nachzukommen bzw. Finanzmittel nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Risikotreiber sind insbesondere das Refinanzierungskosten- und Zahlungsunfähigkeitsrisiko.

Unsere Finanzplanung ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Insoweit achten wir auf ausgewogene Laufzeitstrukturen der Aktiva und Passiva. Unsere im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements getätigten Geldanlagen bei der DZ BANK AG und in Wertpapieren tragen neben Ertrags- auch Liquiditätsaspekten Rechnung.

Durch die überwiegende Refinanzierung durch Kundeneinlagen hat das Refinanzierungsrisiko für uns eine geringe Bedeutung.

Unplanmäßige Entwicklungen mit wesentlichen Auswirkungen auf unsere Liquiditätslage haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Die Steuerungsmethoden wurden im Berichtszeitraum nicht angepasst.

Operationelles Risiko

Neben Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken hat sich unsere Bank auch auf operationelle Risiken einzustellen. Zu den operationellen Risiken gehören u.a. Betriebsrisiken im IT-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken sowie allgemeine Geschäftsrisiken. Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnen wir auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, z.B. im EDV-Bereich und im Formular- und Rechtswesen. Versicherbare Gefahrenpotenziale, z.B. Diebstahl und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgeschirmt.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt.

Unser Risikolimit zum 31. Dezember 2023 war zu 77,7 % ausgelastet.

Die Steuerungsmethoden wurden im Berichtszeitraum nicht angepasst.

Gesamtbild der Risikolage

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven (ökonomisch und normativ) in den von uns simulierten Risiko- bzw. Plan- und Stressszenarien gegeben. Die internen Simulationen kommen darüber hinaus zum Ergebnis, dass die Liquidität sichergestellt und die Eigenmittelanforderungen erfüllt werden. Zum 31. Dezember 2023 ist das Gesamtrisikolimit der Bank zu 72,2 % ausgelastet, der Anteil des Gesamtrisikos am gesamten Risikodeckungspotential beträgt 39,4 %.

Zum Stichtag 31.12.2023 beläuft sich die Gesamtkapitalquote auf 20,5 % und liegt damit über der Mindestanforderung in Höhe von 12,0 %. Die für die Gesamtkapitalquote berücksichtigten Eigenmittel belaufen sich auf EUR 95,1 Mio. Seit dem 01.01.2023 wird die Risikotragfähigkeit barwertig ermittelt. Der von der Aufsicht geforderte Methodenwechsel hat zu keinen wesentlichen Änderungen der Erkenntnisse zur Risikosituation geführt. Die Risikotragfähigkeit ist nach derzeitigem Planungsstand im Berichtszeitraum 2024 gegeben.

Für den wachsenden Liquiditätsbedarf stehen verschiedene strategische Refinanzierungsinstrumente zur Verfügung, so dass wir nach unserer Planung davon ausgehen, dass die Liquiditätstragfähigkeit auch für 2024 gegeben ist.

Für das Jahr 2024 prognostizieren wir eine Erhöhung der bankspezifischen Risiken. Die bestehenden anhaltenden Unsicherheiten am Zins- und Kapitalmarkt sowie aus dem geopolitischen Umfeld und die hohe Inflation können sich auf die Risikolage der Bank auswirken. Kurzfristig gehen wir daher von einem zurückhaltenden Investitionsverhalten unserer Kunden und steigenden Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio aus. Diese Auswirkungen sind in der Gesamtbankplanung durch ein höheres Kreditrisiko entsprechend berücksichtigt.

Nennenswerte Risiken in der geschäftlichen Entwicklung liegen vorwiegend in einem weiterhin unerwartet hohen Zinsanstieg am Geld- und Kapitalmarkt. Belastungen des Zins- und Risikoergebnisses, eine rückläufige Kreditnachfrage, einhergehend mit einer nachlassenden Vermittlung von Baufinanzierungen, wären die Folge. Ferner könnten Verwerfungen an den Kapitalmärkten zu geringeren Erträgen im Wertpapiergeschäft und in der Vermögensverwaltung führen.

Chancen

Wesentliche Chancen sehen wir im Hinblick auf den voraussichtlichen Geschäftsverlauf insbesondere, wenn entgegen unserer Annahme die Nachfrage im Kreditgeschäft deutlich stärker als erwartet zunimmt. Eine deutlich rückwärtige Entwicklung der Preise für Baumaterialien würde sich stimulierend auf die Neubautätigkeit auswirken, woraus Chancen für den Vermittlungserfolg von Baufinanzierungen entstehen. Eine unerwartet gute Börsenentwicklung würde zu höheren Wertpapierumsätzen und Erträgen aus der Vermögensverwaltung als prognostiziert führen.

Chancen für das Jahr 2024 sehen wir weiterhin in der Stärkung unserer Marktposition durch die Intensivierung unseres Geschäftes über unser digitales Kompetenzzentrum „GBnow“.

Chancen für Kostenreduktionen sehen wir im Ergebnis weiterer Digitalisierungen und Verschlankung von Prozessen.

D. Prognosebericht

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung unseres Institutes für das Geschäftsjahr 2024 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Planung des Geschäftsjahres 2024 zur Verfügung stehenden Informationen (BVR Kompass 2024 09/23) getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Im Jahr 2024 erwarten wir aufgrund der Auswirkungen verschiedener geopolitischer Krisenherde und der damit einhergehenden Auswirkungen in Summe weiterhin eine herausfordernde aber gleichermaßen beherrschbare wirtschaftliche Situation für Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland. Wir analysieren die Auswirkungen auf die für uns maßgebliche regionale Wirtschaft laufend und ergreifen bei Bedarf geeignete Gegenmaßnahmen.

Eine für uns wesentliche Planungsannahme betrifft das Zinsgeschäft. Im 2. Halbjahr 2024 erwarten am langen Ende ein leicht sinkendes Zinsniveau und am kurzen Ende Zinssenkungen der Notenbanken. Die Kombination aus sinkendem Zinsniveau bei gleichzeitig sinkender Inflation könnte sich für Kreditnehmer positiv auswirken und sich auf die Nachfrage nach Darlehen der Bank sowie auf die Vermittlung langfristiger Baufinanzierungen positiv auswirken.

Wir erwarten, dass sich der Trend in unserer Kundschaft fortsetzt, für Geldanlagen Wertpapierinvestments zu priorisieren.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme wird nach unserer Planung in geringem Umfang wachsen. Wir gehen dabei von leichten Steigerungen bei den Kundeneinlagen und den Krediten aus.

Aktivgeschäft

In Erwartung einer wieder ansteigenden Nachfrage nach Immobilien- und Firmenkrediten gehen wir für 2024 von einem Wachstum im Kreditgeschäft, gerechnet nach der durchschnittlichen Kreditinanspruchnahme gegenüber dem Vorjahr, in Höhe von 3,0 % aus. Unsere risiko- wie wachstumsorientierte Kreditvergabepolitik werden wir beibehalten. Langfristig zinsgebundene Baufinanzierungen wollen wir vornehmlich an unsere langjährigen Kooperationspartner, die DZ HYP AG, die Nordrheinische Ärzteversorgung und die Münchener Hypothekenbank eG vermitteln.

Passivgeschäft

Auch im neuen Geschäftsjahr gehen wir nach Beendigung der Niedrigzinspolitik davon aus, dass unsere Kunden für eine stabile Altersvorsorge vornehmlich in Wertpapiere und Anlagen unserer Verbundpartner investieren. Wir planen gegenüber dem Vorjahr mit leicht steigenden Volumina aus Kundengeldern.

Vermögenslage

Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel im Sinne des Artikels 72 CRR. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung werden wir auch in den folgenden Jahren einhalten. Für 2024 planen wir eine Gesamtkapitalquote von 20,9 % und eine Kernkapitalquote von 19,8 %.

Finanz- und Liquiditätslage

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreservebestimmung sowie die LCR werden wir auch im folgenden Jahr einhalten.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund unserer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge und der vom Interbankenmarkt weitgehend unabhängigen Refinanzierungsstruktur auch im Jahr 2024 nicht zu rechnen.

Ertragslage

Auf der Grundlage unserer dargestellten Erwartungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf im Kredit- und Einlagengeschäft, rechnen wir für 2024 mit einem leicht steigenden Zinsergebnis. Gemessen am durchschnittlichen Geschäftsvolumen wurden für das Jahr 2023 1,41 % geplant, erreicht wurden 1,64%. Für das Jahr 2024 wird mit einer gesteigerten Zinsspanne von 1,73 % gerechnet.

Unser Provisionsergebnis bildet auch 2024 mit einem Anteil von 34 % am Rohertrag einen bedeutenden Ergebnisbeitrag. Wir erwarten einen Rückgang des Provisionsüberschusses von 8,5 %. Maßgeblich für das Provisionsergebnis sind die Erlöse aus dem Wertpapiergeschäft, der Abwicklung des Inlands- und Auslandszahlungsverkehrs und der Vermittlung von Baufinanzierungen. Im Segment Baufinanzierungen planen wir mit einer Reduktion der Nettoerlöse gegenüber 2023 um TEUR 386.

Die Personalaufwendungen werden nach unseren Planungen gegenüber dem Vorjahr um ca. 6,9 % sinken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen daraus, dass wir für das Jahr 2024 keine erfolgsabhängigen Vergütungen berücksichtigt haben, da diese abhängig sind von Beschlüssen des Vorstands und des Aufsichtsrats unter Berücksichtigung der Ertragsituation. Tarifliche Gehaltssteigerungen, geplante Neueinstellungen sowie Aufwendungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und Altersteilzeit wurden einbezogen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen planen wir mit ca. 5,6 % unter dem Vorjahresniveau. Weitere wesentliche Instandhaltungsmaßnahmen in unsere Gebäudeinfrastruktur sind nicht geplant.

Für das Jahr 2024 erwartet die Bank bei den bedeutsamsten Leistungsindikatoren folgende Werte:

- Auf der Grundlage der erwarteten Erträge und Aufwendungen für das nächste Jahr rechnen wir mit einer Cost-Income-Ratio in Höhe von 62,4 %.
- Insgesamt erwarten wir für 2024 ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von etwa EUR 8,7 Mio. (Quote 0,99 % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens).
- Der Überschuss vor Steuern soll EUR 6,2 Mio. betragen. Dies entspräche 0,71 % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens.
- Aus der Bewertung der Kundenforderungen sowie der Wertpapiere planen wir für 2024 mit einem Bewertungsergebnis von -0,30 % des durchschnittlichen Geschäftsvolumens.

Die im Zusammenhang mit der prognostizierten Ertragslage stehenden Risiken resultieren insbesondere aus dem Zinsänderungsrisiko und den Adressenausfallrisiken. Für die Überwachung und Steuerung setzen wir die unter dem Abschnitt „Risiken“ dargestellten Instrumente ein. Insgesamt erwarten wir, dass sich unsere Geschäfte unter Maßgabe der vorgenannten Planung zu unserer Zufriedenheit entwickeln werden.

Insgesamt sind wir zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, die gesteckten Ziele im Jahr 2024 zu erreichen. Der für 2024 geplante Bilanzgewinn ermöglicht erneut eine Dividendenausschüttung an unsere Aktionäre sowie die Stärkung unserer Reserven.

Mönchengladbach, 11. März 2024

Gladbacher Bank Aktiengesellschaft von 1922

Der Vorstand

Hans-Peter Ulepić

Sven Witteck

Andreas Jung

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			2.563.308,42		3.559
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			339.753,53		476
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	339.753,53				(476)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	2.903.061,95	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			78.229.098,60		46.429
b) andere Forderungen			34.172.819,60	112.401.918,20	29.306
4. Forderungen an Kunden				518.557.545,29	524.009
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	233.954.878,56				(244.881)
Kommunalkredite	7.806.929,84				(10.154)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		3.136.230,06	3.136.230,06		4.030
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		37.309.746,70			20.748
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	31.431.202,18				(15.065)
bb) von anderen Emittenten		151.834.313,16	189.144.059,86		183.732
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	102.893.924,39				(129.871)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	192.280.289,92	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				4.304.744,34	4.581
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				20.324.786,94	20.334
darunter: an Kreditinstituten	277.997,41				(278)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				2.408.209,26	2.922
darunter: Treuhandkredite	2.408.209,26				(2.922)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			20.491,00		8
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	20.491,00	0
12. Sachanlagen				9.526.352,26	9.892
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				0,00	0
14. Sonstige Vermögensgegenstände				1.606.916,21	1.320
15. Rechnungsabgrenzungsposten				64.276,93	77
Summe der Aktiva				864.398.592,30	851.423

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			0,00		7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>150.517.365,03</u>	150.517.365,03	132.558
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		118.497.837,01			126.861
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>3.038.083,29</u>	121.535.920,30		254
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		389.786.667,01			466.505
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>92.371.095,74</u>	<u>482.157.762,75</u>	603.693.683,05	21.552
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			127.822,97		128
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	127.822,97	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				2.408.209,26	2.922
darunter: Treuhandkredite	2.408.209,26				(2.922)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				952.443,28	707
6. Rechnungsabgrenzungsposten				24.856,92	19
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			7.014.570,18		7.109
b) Steuerrückstellungen			575.935,00		0
c) andere Rückstellungen			<u>2.490.762,60</u>	10.081.267,78	1.907
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				0,00	0
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				56.015.000,00	51.015
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	35.000,00				(35)
12. Eigenkapital					
a) Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital		5.491.090,00			5.491
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		<u>0,00</u>	5.491.090,00		0
b) Kapitalrücklage			10.639.608,01		10.640
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		150.000,00			150
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0,00			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen		0,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>22.600.000,00</u>	22.750.000,00		22.600
d) Bilanzgewinn			<u>1.697.246,00</u>	40.577.944,01	998
Summe der Passiva				<u>864.398.592,30</u>	<u>851.423</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			6.881.207,32		6.247
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	6.881.207,32	0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0,00		0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen			0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>44.881.136,42</u>	44.881.136,42	56.448

**Gewinn- und Verlustrechnung der Gladbacher Bank Aktiengesellschaft von 1922
für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023**

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		14.837.030,59			10.176
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>2.665.135,89</u>	17.502.166,48		1.919
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	119,40				(71)
2. Zinsaufwendungen			<u>3.896.060,85</u>	13.606.105,63	786
darunter: erhaltene negative Zinsen	2.124,42				(537)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			32.995,00		0
b) Beteiligungen			520.737,27		566
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>0,00</u>	553.732,27	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				0	0
5. Provisionserträge			10.493.441,69		10.724
6. Provisionsaufwendungen			<u>1.873.938,57</u>	8.619.503,12	2.322
7. Nettoaufwand des Handelsbestands				8.920,15	-11
8. Sonstige betriebliche Erträge				355.709,57	395
9. [gestrichen]				0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		7.798.142,40			7.681
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>1.759.854,10</u>	9.557.996,50		1.856
darunter: für Altersversorgung	485.648,16				(589)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>5.234.005,54</u>	14.792.002,04	4.847
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				606.808,04	625
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				244.273,70	405
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00		14.849
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>1.918.477,98</u>	1.918.477,98	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			9.646,44		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>0,00</u>	-9.646,44	12.593
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				9.391.878,20	3.014
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>0,00</u>		0
22. Außerordentliches Ergebnis				0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			2.671.559,89		1.510
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>23.072,31</u>	2.694.632,20	5
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				5.000.000,00	0
25. Jahresüberschuss				1.697.246,00	1.498
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0
				1.697.246,00	1.498
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen			0,00	0,00	0
				1.697.246,00	1.498
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen			0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen			0,00	0,00	500
29. Bilanzgewinn				1.697.246,00	998

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der GLADBACHER BANK Aktiengesellschaft von 1922 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Aktiengesetzes (AktG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt. Der Bewertung der Sorten liegen die zum Jahresende gültigen Marktkurse zugrunde.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag - sofern Zinscharakter vorliegt - in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt wurde. Dieser Unterschiedsbetrag wird grundsätzlich planmäßig, und zwar zeitanteilig, aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen abgedeckt.

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt zum 31. Dezember 2023 über ein Expected-Credit-Loss-Modell in einem Betrachtungszeitraum von 12 Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (Bewertungsvereinfachungsverfahren). Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen). Bei Kunden in der Branche Bauträger erfolgten im letzten Quartal 2023 zur Berücksichtigung aktueller Erwartungen zur Risikosituation fallweise Anpassungen (Overrides) bei der RatingEinstufung und damit eine Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeit. Diese Anpassungen (Management Adjustments) erhöhen die modelhaft berechneten Pauschalwertberichtigungen in geringfügiger Höhe. Im Hinblick auf widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung in Form einer Rückstellung.

Ferner wurde unter Berücksichtigung der steuerlichen Richtlinien eine unversteuerte Pauschalwertberichtigung für latente Kreditrisiken gebildet. Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) vom 10. Januar 1994.

Zusätzlich bestehen zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Strukturierte Anleihen wurden jeweils als einheitliche Vermögensgegenstände bilanziert, da sie lediglich ein Zinsänderungsrisiko und ein Emittentenrisiko enthalten.

Bei den in Girosammelverwahrung verwahrten Wertpapieren wurden die Anschaffungskosten bei gleicher Wertpapiergattung nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs bestehen ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden nicht geändert.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Termingeschäfte, Optionsgeschäfte) im Nichthandelsbestand wurden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln mit ihrem Marktpreis bewertet. Der Umfang derivativer Geschäfte sowie ergänzender Angaben zu ihrer Bewertung ist im Abschnitt D: "Erläuterungen zur Bilanz" aufgeführt.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt, der Barwert der zurechenbaren Gebühren- und Provisionserträge addiert und von diesem Überschuss die Risikoprämienbarwerte im Kundenkreditgeschäft und Eigengeschäft sowie der Verwaltungskostenbarwert abgezogen. Bei den zurechenbaren Gebühren- und Provisionserträgen wurden im Wesentlichen Kontoführungsgebühren, Postenentgelte und Kartenentgelte angesetzt, sofern die jeweilige Karte Bestandteil des Kontomodells ist. Gemäß einer internen Erhebung bzw. Schätzung wurde der Anteil der zinsbezogenen Verwaltungskosten für die Bestandspflege ermittelt. Bezogen auf den Wert für das Jahr 2023 ergibt sich eine Berücksichtigung von 34,09 % der gesamten Verwaltungsaufwendungen.

Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2023 war keine Rückstellung zu bilden.

Beteiligungen

Die Beteiligungen wurden entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Regeln zu Anschaffungskosten bewertet.

Einzelne Beteiligungen resultieren aus in Vorjahren geschlossenen Tauschgeschäften und sind nach Tauschgrundsätzen unter Buchwertfortführung bewertet.

Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung wurden Abschreibungen vorgenommen.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, linear vorgenommen. Mit Übertragung einer Rücklage nach § 6b EStG wurde in den Vorjahren eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Erhöhte Abschreibungen gemäß § 6b EStG für vor dem 1. Januar 2010 angeschaffte Sachanlagen wurden weitergeführt.

Die angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Einzelwert bis zu EUR 250,00 wurden in voller Höhe als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Sie wurden in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über EUR 250,00, aber nicht über EUR 800,00 lagen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag und dem niedrigeren Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge wurden planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeit verteilt.

Aktive latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasipermanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren abbauen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde (vergl. Erläuterungen im Abschnitt D. "Erläuterungen zur Bilanz").

Aktiver Unterschied aus der Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen verrechnet. Das Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von EUR 4.358.382,82 (Anschaffungskosten in Höhe von EUR 4.358.382,82) wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von EUR 7.588.163,00 saldiert.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Rückdeckungsversicherungen wurde das nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigen des tariflichen Garantiezinses bewertete Deckungskapital einschließlich des erdienten Überschusses angesetzt, das um eventuell vorhandene, noch nicht erdiente Abschluss- und Vertriebskosten erhöht wurde. Ein Teil der Rückdeckungsversicherungen wurde nach IDW RH FAB 1.021 teilweise kongruent bewertet. Daraus ergab sich ein ergebniswirksamer Anpassungseffekt.

Nach der Saldierung verbleibt kein zu aktivierender Überhang. Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit laufenden Erträgen sowie Erfolgsauswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von EUR 867,16 verrechnet. Der Saldo ist in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zuzüglich anteilig abgegrenzter Zinsen bis zum Bilanzstichtag zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Handelsbestand

Aussagen zu Finanzinstrumenten des Handelsbestands wurden für den passiven Bilanzposten Nr. 3a und den aktiven Bilanzposten Nr. 6a "Handelsbestand" zusammengefasst - und bei den Angaben zu Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden auf der Aktivseite vorgenommen.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagio- und Gebührenbeträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Passive latente Steuern

Aussagen zu den aktiven und passiven Steuerlatenzen wurden zusammengefasst und bei den Angaben zu Bewertungsmethoden auf der Aktivseite zu "Aktive latente Steuern" vorgenommen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Heubeck-Richttafeln 2018 G" zugrunde. Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften wurden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Für die Pensionsrückstellungen wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,50 % und eine Rentendynamik in Höhe von 2,50 % zugrunde gelegt.

Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete Zinssatz von 1,83 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr 1,80 %) auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2023 festgelegt. Dieser beruht auf einem Rechnungszinsfuß gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV).

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt EUR 112.266,00.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Altersteilzeitrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels Anwartschaftsbarwertverfahren mit einem Zinssatz von 0,99 % bei einer angenommenen Restlaufzeit von 1 Jahr ermittelt. Als Rechnungsgrundlage werden die "Heubeck-Richttafeln 2018 G" zugrunde gelegt.

Währungsumrechnung

Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauteten, wurden wie folgt in EURO umgerechnet.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden mit dem Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Für die Umrechnung noch nicht abgewickelter Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages zugrunde gelegt.

Die sich aus der Währungsumrechnung ergebenden Aufwendungen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Soweit die Restlaufzeit der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände oder Verbindlichkeiten bis zu einem Jahr betrug oder die Anforderungen an eine besondere Deckung vorlagen, wurden Erträge aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt.

Als besonders gedeckt wurden gegenläufige Fremdwährungspositionen angesehen, soweit sie sich betragsmäßig und hinsichtlich ihrer Fristigkeit entsprechen.

Fremdwährungsposten, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit i. S. d. § 254 HGB einbezogen sind, sind imparitatisch bewertet.

D. Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute (A 3) sind EUR 112.323.285,09 Forderungen an die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr EUR 68.118.427,00 fällig.

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähige Wertpapiere	davon: börsennotiert	davon: nicht börsennotiert	davon: nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	192.280.289,92	174.562.291,68	17.717.998,24	0,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	4.304.744,34	0,00	4.304.744,34	0,00

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

In den Forderungen und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind:

	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	112.397.007,97	75.729.942,78
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	63.007.844,24	56.010.582,23

Beteiligungen

Beteiligungen von nicht untergeordneter Bedeutung bestehen zum 31. Dezember 2023 wie folgt:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschafts- kapital	Eigenkapital der Gesellschaft	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses		
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
a) WGZ 2. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	0,55	2023	3.549.641	2023	88.744

Beteiligungen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank von untergeordneter Bedeutung sind, haben wir gemäß § 286 Abs. 3 HGB nicht angegeben.

Es besteht eine wechselseitige Beteiligung mit der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main.

Treuhandvermögen

Im Bilanzposten "Treuhandvermögen" (A 9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen für fremde Rechnung gehalten werden.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Im Bilanzposten "Sachanlagen" (A 12) sind Grundstücke und Bauten, die wir im Rahmen eigener Tätigkeit nutzen, in Höhe von EUR 5.956.456,13 und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 504.350,00 enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

In dem Bilanzposten "Sonstige Vermögensgegenstände" (A 14) sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	Geschäftsjahr
	EUR
Steuererstattungsansprüche	532.170,00
Provisionsansprüche	382.650,83
Dividendenansprüche	356.573,72

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 15) sind Unterschiedsbeträge zwischen dem Ausgabebetrag und dem höheren Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 83,72 (Vorjahr EUR 132,78) enthalten.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern sind nicht aktiviert. Bei der Gesamtdifferenzbetrachtung (aktive und passive Latenzen) errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Dieser Aktivüberhang ergibt sich im Wesentlichen aus Bewertungsdifferenzen bei den Posten "Forderungen an Kunden", "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" und "Rückstellungen". Passive Steuerlatenzen bestehen in nicht nennenswerter Höhe bei den Posten "Beteiligungen" und "Sachanlagen". Der Berechnung der Steuerlatenzen wurde ein Steuersatz von 32,8 % zugrunde gelegt.

Nachrangige Vermögensgegenstände

In den dem folgenden Posten sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	6.802.179,53	5.225.307,15

Fremdwährungsposten

Neben den Sortenbeständen in Höhe von EUR 40.760,65 enthalten die Vermögensgegenstände Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 8.838.033,02 enthalten.

Restlaufzeitenspiegel für Forderungen

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate EUR	mehr als 3 Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	10.904.977,38	14.962.803,99	3.000.000,00	5.000.000,00
Forderungen an Kunden (A 4)	17.151.959,27	51.092.887,65	174.721.637,98	265.675.156,39

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 9.882.396,65 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Restlaufzeitenspiegel für Verbindlichkeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate EUR	mehr als 3 Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	2.339.365,70	7.448.755,88	38.893.594,87	101.835.194,34
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2a ab)	0,00	3.009.150,00	0,00	0,00
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2b bb)	64.083.372,99	24.962.062,52	2.911.500,00	0,00

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1) sind EUR 150.517.365,03 Verbindlichkeiten gegenüber der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank enthalten.

Begebene Schuldverschreibungen

Die in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen (P 3a) in Höhe von EUR 127.822,97 sind bereits fällig, aber noch nicht eingelöst.

Treuhandverbindlichkeiten

Im Bilanzposten "Treuhandverbindlichkeiten" (P 4) sind ausschließlich Refinanzierungsmittel für Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen für fremde Rechnung gehalten werden.

Sonstige Verbindlichkeiten

Im Bilanzposten "Sonstige Verbindlichkeiten" (P 5) sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	Geschäftsjahr EUR
Einbehaltene Abgaben	674.265,23
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	270.072,98

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 6.260,38 (Vorjahr EUR 8.419,42) enthalten.

Passive latente Steuern

Die Erläuterungen zu den Steuerlatenzen werden im Abschnitt D. "Erläuterungen zur Bilanz" unter Aktive latente Steuern ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	150.517.365,03	132.564.724,49

Eigenkapital

Das unter Passivposten 12 "Gezeichnetes Kapital" ausgewiesene Aktienkapital hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert. Das Aktienkapital setzt sich aus Stück 98.838 Stück vinkulierten Namensaktien und 1.000 Stück Inhaberaktien zusammen.

Aufgrund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 12.06.2019 besteht bei der Gesellschaft ein genehmigtes Kapital von EUR 1.098.240,00. Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 11.06.2024 einmalig oder mehrfach das Grundkapital von EUR 5.491.090,00 um bis zu EUR 1.098.240,00 auf bis zu EUR 6.589.330,00 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bareinlage zu erhöhen.

Der Vorstand entscheidet mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Inhalt der Aktienrechte, die Bedingungen der Aktienaussgabe und den Ausschluss des Bezugsrechtes für einen gegebenenfalls anfallenden Spitzenbetrag.

Im Rahmen des Kreditgeschäftes hatten wir zum Jahresende 2023 Stück -338- eigene Aktien als Pfand genommen. Das entspricht einem Anteil von 0,3 % (EUR 18.590,00) am gezeichneten Kapital.

Die Kapital- und Gewinnrücklagen (P 12b und c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Kapitalrücklage	gesetzliche Rücklage	Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	Satzungsmäßige Rücklage	andere Gewinnrücklagen
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2023	10.639.608,01	150.000,00	0,00	0,00	22.600.000,00
Einstellungen aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Stand 31.12.2023	10.639.608,01	150.000,00	0,00	0,00	22.600.000,00

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Akute und latente Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt.

Die in den Posten 1b) und 2c) der unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen ausschließlich Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für Kunden bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die unwiderruflichen Kreditzusagen sind breit gestreut.

Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt.

Die unter Posten 1b) unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird.

Für nach unserer Einschätzung erwartete risikobehaftete Inanspruchnahmen aus Bürgschafts- und Gewährleistungsverträgen wurde eine Rückstellung in Höhe von EUR 7.519,57 gebildet. Im Posten 1b unter dem Bilanzstrich ist der um die Rückstellung gekürzte Betrag ausgewiesen.

Die Verpflichtungen wurden darüber hinaus in die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen einbezogen, der jeweils entsprechend daraus resultierende Betrag als Rückstellung ausgewiesen und von den genannten Posten abgesetzt.

Durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesicherte Verbindlichkeiten

Von den Verbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögenswerte
	<u>EUR</u>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	150.517.365,03

Fremdwährungsposten

In den Schulden sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 5.534.888,60 und in den unter dem Bilanzstrich vermerkten Eventualverbindlichkeiten im Gegenwert von EUR 1.103,819,23 enthalten.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente

	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	beizu- legender Zeitwert	Adressen- risiko
	bis	mehr als ein	mehr als			
	ein Jahr	bis 5 Jahre	5 Jahre			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC Produkte						
- Devisentermingeschäfte	19.392	0	0	19.392	7	1.208
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte						
OTC Produkte						
- Aktien-/Index-Optionen	771	0	0	771	0	394

Der beizulegende Zeitwert der Devisentermingeschäfte des Nichthandelsbestands, die ausschließlich zur Deckung von Wechselkurs- und Währungsrisiken dienen, wurde aus den Barwerten der gegenläufigen Zahlungsströme (in Fremdwährung und in EURO) unter Anwendung der Zinsstrukturkurve der jeweiligen Währung ermittelt.

Bei den börsengehandelten Produkten handelt es sich um jeweils im Kundenauftrag ausgeführte Geschäfte in Aktienpositionen. Sie sind mit den Börsenpreisen in die Angabe der beizulegenden Zeitwerte eingeflossen.

Sowohl die währungsbezogenen als auch die aktienbezogenen Geschäfte wurden vollständig dem Anlagebuch zugeordnet und betreffen ausschließlich Kundengeschäfte, für die wir jeweils fristenkongruente Deckungsgeschäfte mit der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, abgeschlossen haben.

E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Provisionserträge

Im Provisionsergebnis sind Erlöse aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen enthalten. Sie nehmen in der Ertragsrechnung einen festen Bestandteil ein. Die Nettoerträge haben sich leicht verringert und machen 0,45 % (Vorjahr 0,47 %) des durchschnittlichen Geschäftsvolumens aus. Für unser Haus sind die Provisionserträge aus der Vermögensverwaltung und der Vermittlung von Baufinanzierungen von besonderer Bedeutung.

Sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind EUR 9.459,91 (Vorjahr EUR 3.238,91) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten -vor Verrechnung- EUR 160.081,00 (Vorjahr EUR 309.968,80) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen sowie EUR 47.710,00 (Vorjahr EUR 0,00) aus der Aufzinsung von Rückdeckungsversicherungen. Sie wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung mit Erträgen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von EUR 867,16 (Vorjahr EUR 407,20) kompensiert.

Periodenfremde Erträge bzw. Aufwendungen

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 63.972,47 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von EUR 48.792,27 enthalten.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit unter Berücksichtigung von Abweichungen zum steuerlichen Ergebnis.

F. Sonstige Angaben

Vorstand und Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf EUR 168.500,00.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Pensionszahlungen an ehemalige Vorstandsmitglieder betragen EUR 423.224,79.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31. Dezember 2023 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 6.736.401,00 (vor Saldierung).

Die Forderungen an und Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betragen für Mitglieder des Vorstands EUR 744,23 und für Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 380.762,79.

Geschäfte zu marktunüblichen Bedingungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im laufenden Geschäftsjahr sind keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu nicht marktüblichen Bedingungen zustande gekommen.

Ausschüttungsgesperrte Beträge

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag beträgt EUR 112.266,00, diesem stehen ausreichend frei verfügbare Rücklagen gegenüber.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von insgesamt EUR 1.777.740,00. Es handelt sich um Verpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund).

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber dem BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Personalstatistik

Die Zahl der 2023 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
Prokuristen	5	0
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	74	31
	<u>79</u>	<u>33</u>

Außerdem wurden durchschnittlich 6 Auszubildende und 4 duale Studenten beschäftigt.

Aufwendungen für den Abschlussprüfer

Das Honorar unserer Abschlussprüferin Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, setzt sich im Jahr 2023 wie folgt zusammen

	Geschäftsjahr EUR
- Abschlussprüfungsleistungen	169.000,00
- andere Bestätigungsleistungen	6.218,40
- Sonstige Leistungen	800,00

Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Mitglieder des Vorstands

Hans-Peter Ulepić, Vorstandssprecher
Geschäftsleiter Firmenkundengeschäft, Öffentlichkeitsarbeit, Zahlungsverkehr

Sven Witteck
Geschäftsleiter Revision, Personal, Privatkundengeschäft, Wertpapiergeschäft

Jung, Andreas (ab 01.07.2023)
Geschäftsleiter Finanzwesen, Controlling, Unternehmensentwicklung, Marktfolge

Mitglieder des Aufsichtsrats, ausgeübter Beruf

Ludwig Quacken -Vorsitzender-
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Geschäftsführender Gesellschafter der Abstoß & Wolters GmbH & Co. KG,
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Mönchengladbach

Karl-Heinz Moll -stellvertretender Vorsitzender-
Bankvorstand i.R.

Dr. Peter Achten
Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Nordrhein-Westfalen e.V. und des Handelsverbandes Nordrhein-Westfalen-
Rheinland e.V., Düsseldorf

Roger Brandts
Geschäftsführender Gesellschafter der Fynch-Hatton Textilhandelsgesellschaft mbH, Mönchengladbach

Arbeitnehmervertreter:

Susanne Heinen-Bickler
Bankkauffrau

Bernd Volle
Bankkaufmann

Angaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB

In den Aufsichtsgremien folgender großer Kapitalgesellschaften nehmen Vorstandsmitglieder oder Mitarbeiter unserer Bank Mandate wahr:

Name und Sitz	Anzahl der Mandate
Hans-Peter Ulepić, Vorstandssprecher, Aufsichtsrat der DZ HYP AG, Hamburg	1

Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 1.697.246,00 wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende von EUR 15,00 je Aktie	1.497.570,00
Bonuszahlung von EUR 2,00 je Aktie	199.676,00
Gesamtausschüttung EUR 17,00 je Aktie	1.697.246,00

Mönchengladbach, 11. März 2024

Gladbacher Bank Aktiengesellschaft von 1922

Der Vorstand

Hans-Peter Ulepić

Sven Witteck

Andreas Jung

Bestätigungsvermerk

Das Original des Jahresabschlusses 2023 wurde am 02. April 2024 von der Audit GmbH Karlsruhe Stuttgart Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Audit GmbH wurde auf der Hauptversammlung der Bank am 14. Juni 2023 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 gewählt und mit Schreiben vom 14. Juni 2023 durch den Aufsichtsrat mit der Prüfung des Jahresabschlusses sowie der Prüfung des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 beauftragt. Unter Einbeziehung von Netzwerkpartnern besteht eine ununterbrochene Mandatsdauer seit dem Geschäftsjahr 2021. Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Benjamin Hartmann.

Der vollständige Jahresabschluss wird innerhalb der gesetzlichen Frist im Unternehmensregister veröffentlicht.

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BVR	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
BVR-ISG	BVR Institutssicherung GmbH
BVR-SE	Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
CIR	Cost-Income-Ratio: Aufwands-/Ertragsrelation
Credit Value at Risk	„unerwarteter Verlust“ im Kreditportfolio
CRR	Capital Requirements Regulation: Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (Kapitaladäquanzverordnung)
CRR-Kreditinstitut	Kreditinstitut im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 CRR
DGV	durchschnittliches Geschäftsvolumen
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
EinSiG	Einlagensicherungsgesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EUREX	European Exchange: Terminbörse für Finanzderivate
Ex-ante-Value-at-Risk	Erwarteter Value-at-Risk
Expected-Credit-Loss	Erwarteter Kreditverlust
EZB	Europäische Zentralbank
Fed	Federal Reserve: Zentralbank der Vereinigten Staaten von Amerika
gFG	genossenschaftliche Finanzgruppe
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW RH FAB 1.021	Institut der Wirtschaftsprüfer: Rechnungslegungshinweis: Handelsrechtliche Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen
IDW RS BFA 3 (n. F.)	Institut der Wirtschaftsprüfer: Stellungnahme zur Rechnungslegung: Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs neue Fassung
IDW RS BFA 7	Institut der Wirtschaftsprüfer: Stellungnahme zur Rechnungslegung: Risikovorsorge für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft von Kreditinstituten („Pauschalwertberichtigungen“)
KPM-EG	Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte
KPM-KG	Kreditportfoliomodell für Kundengeschäfte
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LCR	Liquidity Coverage Ratio: Liquiditätsdeckungskennziffer
LGD	Loss Given Default: Verlustquote bei Ausfall einer Forderung
NSFR	Net Stable Funding Ratio: Strukturelle Liquiditätsquote
OTC	Over the Counter: außerbörslicher Handel von Wertpapieren und Finanzderivaten
RechKredV	Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute
RückAbzinsV	Rückstellungsabzinsungsverordnung

